Die Finanz-und Wirtschaftskrise

Das Ende unseres Schuldenzyklus?

Meine AK. Ganz groß für mich da. AK-Hotline ✆ 05 7799-0

www.akstmk.at

Die Finanz- und Wirtschaftskrise –

Das Ende unseres Schuldenzyklus?

Die hervorstechenden Fehler der wirtschaftlichen Gesellschaft, in der wir leben, sind ihr Versagen, für Vollbeschäftigung Vorkehrung zu treffen und ihre willkürliche und unbillige Verteilung des Reichtums und der Einkommen.

John Maynard Keynes [1936], 1955 S. 314

Mario Matzer und Karl Reitter

Abteilung Wirtschaftspolitik

Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark

Graz, September 2013

www.akstmk.at

Inhaltsverzeichnis

Einleitung, Fragestellung und Überblick **4**

Prolog: Finanzmärkte, Wachstumsmotor und Sündenbock **5**

1. Der Neoliberalismus **8**
1.1 Die Neoklassik: Wirtschaftswissenschaft mit missverstandenem Anwendungsbereich 9
1.2 Vermögenskonzentration als Folge neoliberaler Politik 12
1.3 Wachsende Kapitaleinkommen versus Reallohnstagnation 14
1.4 Neoliberaler Scheinwohlstand 16
1.5 Mangelnde effektive Nachfrage und Schuldenwachstum 17
1.5.1 Die Geldschöpfung im Privatbankensystem 18
1.6 Auf eine Blase folgt eine Blase folgt eine Blase 19
1.6.1 Schuldengetriebene Spekulation 21
1.7 Das Ende unseres Schuldenzyklus? 22

2. Die Finanzkrise 2008 ..... **23**
2.1 Die Reaktion der Politik 23
2.2 Die Rolle der großen Notenbanken 25
2.3 Das Too-big-to-fail-Problem 28
2.4 Realwirtschaftliche Auswirkungen der Krise: Rezession, Nachfragerückgang und Arbeitslosigkeit 29

3. Die Staatsschuldenkrise und ihre Gründe **32**
3.1 Kapitalmobilität: Wachstumsstimulation oder Steuerhinterziehung? 32
3.2 Die EURO-Krise: Lohndumping im Namen der Wettbewerbsfähigkeit 33
3.2.1 Schuldentilgung durch Exportüberschüsse von allen? 35
3.2.2 Lohnsteigerungen zur Eurorettung 36
3.3 Auswirkungen der Sparpolitik 37

4. Zusammenfassung und Problemlösung **40**
4.1 Historische Lösungsansätze 41
4.2 (Teilweiser) Saldenausgleich als einzige Lösung 42
4.2.1 Schuldenschnitt versus Vermögensabgabe 45
4.2.2 Auswirkungen einer Vermögensabgabe 46

Epilog: Wohin führt uns der Weg? **48**

Bibliographie **50**
Internetquellen 52

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anteil am Gesamtlohneinkommen der Super- und Ultrareichen in den USA und GB 1920–2010 6
Abbildung 2: Das Totem der Neoklassik 10
Abbildung 3: Vermögensverteilung in Österreich 13
Abbildung 4: Entwicklung der Mediannettojahreseinkommen in Österreich, 1998 = 100 14
Abbildung 5: Entwicklung der Gesamtschulden in den USA in Relation zum BIP, 1951 bis 2012, exklusive Derivatverbindlichkeiten 17
Abbildung 6: Entwicklung der Gesamtschulden in Großbritannien in Relation zum BIP, 1987 bis 2012, exklusive Derivatverbindlichkeiten 19
Abbildung 7: Durchschnittliche Leitzinssatzentwicklung 1982–2012 in Prozent (USA, GB, Japan, Eurozone) 20
Abbildung 8: Entwicklung der Gesamtschulden in Großbritannien in Relation zum BIP, 1987 bis 2012, inklusive Derivatverbindlichkeiten 21
Abbildung 9: Entwicklung der Gesamtschulden in der Eurozone in Relation zum BIP, 1999 bis 2012, exklusive Derivatverbindlichkeiten 24
Abbildung 10: Entwicklung der Bilanzen der großen Zentralbanken 1998 - 2012, Juni 2008 = 100 26
Abbildung 11: Außenhandelsbilanzungleichgewichte in der Eurozone in Mrd. Euro 34
Abbildung 12: Auswirkungen der Sparpolitik abhängig vom Fiskalmultiplikator in Mrd. USD 38
Abbildung 13: Vereinfachte Bilanzdarstellung 43
Abbildung 14: Vereinfachte Darstellung einer teilbereinigten Bilanz 44

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BoE	Bank of England (Großbritanniens Zentralbank)
BoJ	Bank of Japan (japanische Zentralbank)
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
Fed	Federal Reserve (US-amerikanische Zentralbank)
IWF (IMF)	Internationaler Währungsfonds (engl.: International Monetary Fund)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (engl.: Organisation for Economic Cooperation and Development)
OeNB	Österreichische Nationalbank
QE	Quantitative Easing (deutsch: monetäre Erleichterung; Erhöhung der Geldmenge, z.B. durch Gelddrucken)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (deutsch: Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung)
UK	United Kingdom (Großbritannien)

Einleitung, Fragestellung und Überblick

Die Hypothese dieser Arbeit ist, dass die Finanzkrise 2008 sowie die darauffolgende Schuldenkrise keine zufällig auftretenden Schocks sind, sondern dass sie logische Folgen der herrschenden neoliberalen Doktrin, welche Medien, Politik und Gesellschaft ergriffen hat, sind. Es soll verdeutlicht werden, dass ein guter Teil des durch neoliberale Politik entstehenden Reichtums nur Scheinwohlstand ist, der durch Schuldenwachstum auf der einen und dem Entstehen von Vermögensblasen auf der anderen Seite getrieben wird. Weiters wird gezeigt, dass leider auch der ökonomische Mainstream nicht vor Blasenbildung in seinem Fach gefeit ist (Kurz, 2011). Die offiziell anerkannte Lehrmeinung hat nicht nur wenig stichhaltige Antworten auf die aktuelle Krise zu bieten, sie führt sogar oft zu sehr kontraproduktiven wirtschaftspolitischen Vorschlägen, wie jede/r, die/der in letzter Zeit einmal Griechenland besucht hat, bezeugen kann. Zur Beendigung dieser Krise ist ein teilweiser Saldenausgleich zwischen fiktiven Schulden und Scheinguthaben unumgänglich. Die einzige Frage, die sich stellt, ist, wie dieser Saldenausgleich vollzogen werden soll.

Auch wenn diese Krise des Neoliberalismus infolge der Globalisierung beinahe sämtliche Regionen unseres Planeten in Mitleidenschaft gezogen hat, so liegt das Zentrum neoliberaler Politik sowie das Gros der Finanzmärkte in den angelsächsischen Ländern. Das geographische Hauptaugenmerk dieser Arbeit liegt daher – auch aufgrund der ansonsten relativ dünnen Datenlage – neben der Eurozone speziell auf den USA und Großbritannien. Nur wenn es die Datenlage zulässt, werden Parallelen zu Österreich gezeigt. Stellenweise wird auch auf Japan verwiesen, welches schon seit dem Platzen seiner Finanzblase Anfang der 90er in einer Schuldenkrise steckt. Neben Daten von Eurostat und Statistik Austria stützt sich diese Studie auf die umfangreiche Datensammlung des Londoner Providers Haver Analytics.

Prolog: Finanzmärkte, Wachstumsmotor und Sündenbock

Finanzmärkte spielen eine wichtige Rolle in unserem System. Ihre zentralen Aufgaben sind:

- Die vorübergehende Umverteilung von Geld von vermögenden, aber zugleich ideen- bzw. antriebslosen RenditebezieherInnen[1] hin zu kreativen UnternehmerInnen ohne Kapital einerseits und

- die Diversifikation von Risiken andererseits. Eine breitere Streuung von Risiken ist der profitabelste Weg ein Portfolio zu strukturieren und wird daher von allen AkteurInnen angestrebt (Tobin, 1957).

Auf diese Weise stärken die Finanzmärkte das Wirtschaftswachstum und somit den Prozess der Kapitalakkumulation. Ohne irgendeine Form von Finanzmärkten wäre der aktuell in den Industrieländern erreichte Wohlstand undenkbar.

Im Gegensatz zur landläufigen Meinung sind es auch nicht die Finanzmärkte, welche die aktuelle Krise verursacht haben. Aber es ist – nicht nur für Massenmedien und Politik – immer leichter ein Feindbild aufzubauen – in diesem Fall die bösen Spekulanten auf den ungehemmten Finanzmärkten –, als das eigentliche gesellschaftliche Problem zu benennen: Die Konzentration des Volksvermögens auf eine kleine, homogene Elite (Hartmann, 2007).

Auch wenn die Finanzmärkte durch ihre unregulierten Spekulationsexzesse die Entwicklung beschleunigt haben, so liegt der eigentliche Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise doch ganz woanders: In der reichenfreundlichen und damit massenfeindlichen Politik, die insbesondere in den letzten 30 Jahren wieder an Popularität gewonnen hat (Stiglitz, 2012).

Abbildung 1 veranschaulicht diese Dynamik. Sie zeigt die Entwicklung des Anteils am Gesamtlohneinkommen der Super- sowie der Ultrareichen in den USA und in Großbritannien.[2] Da zusätzlich Profit- und Kapitaleinkommen beinahe die Hälfte des Gesamteinkommens ausmachen und die Vermögen sehr ungleich verteilt sind, ist die tatsächliche Einkommensverteilung natürlich noch viel ungleicher, als es die reine Betrachtung der Lohneinkommen verrät.[3]

Wie ersichtlich, war die Ungleichverteilung der Lohneinkommen bereits einmal so extrem wie heute: Am Abend vor dem Schwarzen Freitag 1929. Offensichtlich haben die Politik, die Massenmedien und

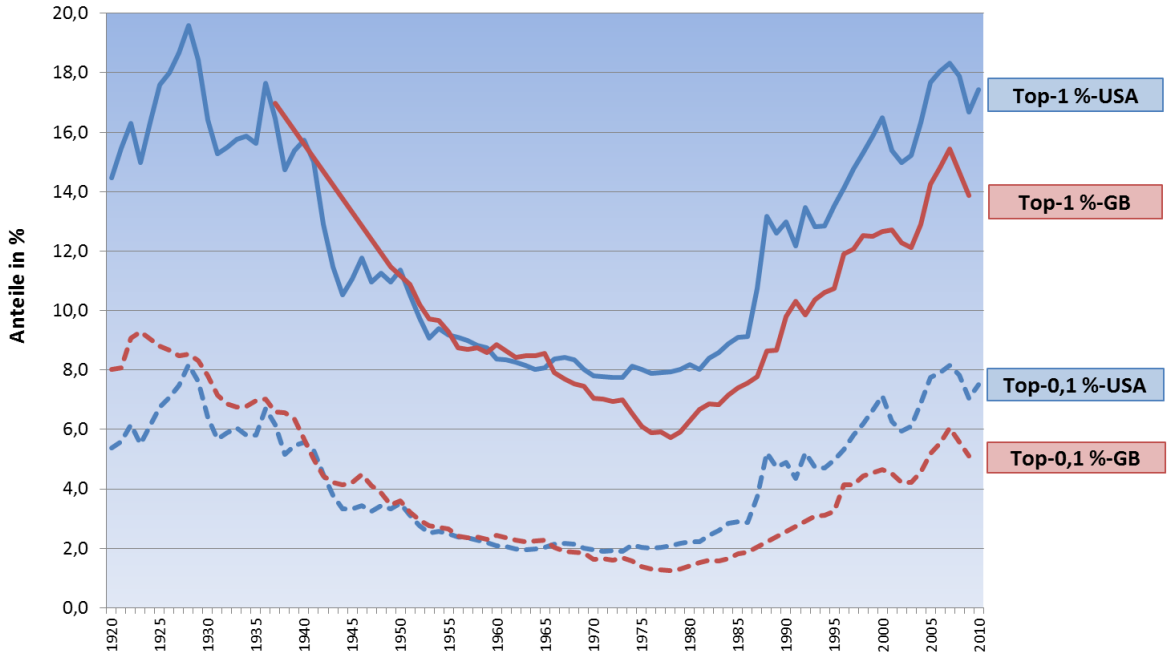
[1] Keynes selbst ging ein seinem berühmten Opus Magnum, der „General Theory“, davon aus, dass diese Art des „Rentners, des funktionslosen Investors“ langsam aussterben wird und dass dieser Schritt „keine Revolution erfordern wird“ (Keynes 1955, S. 317). Bis jetzt hat dies jedoch der Einfluss der Superreichen auf Politik und Medien verhindert.

[2] Als superreich wird in diesem Kontext das reichste Hundertstel der Bevölkerung bezeichnet, also die Top-1-%. Unter ultrareich fällt das reichste Tausendstel, also die Top-1-‰. Zu Österreich gibt es leider keine vergleichbaren Daten. Die Daten aus Deutschland sind nur bis 1998 erhältlich und durch die Wiedervereinigung stark verzerrt. Das Bild ist überall ähnlich, aber im angelsächsischen Raum aus naheliegenden Gründen besonders eindeutig.

[3] Da die Machtverteilung in einer Gesellschaft der primäre Grund für die Einkommensverteilung ist (Keen, 2011, S. 133ff.), gibt Abbildung 1 auch einen schönen Überblick über die Entwicklung der Machtverteilung in den betroffenen Ländern.

der Mainstream der Wirtschaftswissenschaft die Lektionen aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre wieder vergessen.

Abbildung 1: Anteil am Gesamtlohneinkommen der Super- und Ultrareichen in den USA und GB 1920–2010



Quelle: The World Top Incomes Database 2012, eigene Darstellung

Erst durch den New Deal von US-Präsident Roosevelt, der durch Spitzensteuersätze von über 90 %, verbunden mit massiven Investitionen in Sozialversicherung und Arbeitsplätze, erstmals in der Geschichte der USA eine wirkliche – und vorübergehende – Umverteilung von oben nach unten durchsetzte, entstand die US-amerikanische Mittelschicht[4]. Abbildung 1 zeigt, dass schon vor dem Weltkrieg der Anteil der Super- und Ultrareichen am Gesamtlohneinkommen stark zurückging.

Die Umverteilungsmaßnahmen Roosevelts waren der konservativen reichen Oberschicht der USA natürlich ein Dorn im Auge, und sie versuchte diese Entwicklung rückgängig zu machen. In der Chicagoer Schule von Milton Friedman fand sie die optimale wissenschaftliche Basis für ihre Reaktion. Die in Chicago gepredigte Lehre von der Selbstregulierungskraft freier Märkte wurde zur neuen herrschenden Lehre der Wirtschaftswissenschaften und ist der Hauptgrund dafür, weshalb anerkannte Ökonomen heute oft so weltfremd wirken.[5]

Die Überlegungen der Chicagoer Schule bildeten den Grundstock für die neoliberale Konterrevolution der 1980er Jahre, unter deren Auswirkungen ein Großteil der Menschheit nach wie vor zu leiden hat. Mit Ronald Reagan (US-Präsident von 1981–1989) und Margaret Thatcher (britische Premierministerin von 1979–1990) fanden sich dann auch in der Politik die richtigen Leute, um diese

[4] Der Großteil dieser Mittelschicht ist bereits wieder Vergangenheit.

[5] Kapitel 1.1 *Die Neoklassik: Wirtschaftswissenschaft mit missverstandenem Anwendungsbereich* widmet sich Gründen und Problemen des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams.

Ansichten in die Realität zu übertragen. Wie Abbildung 1 zeigt, änderte sich infolge ihrer Politik die Machtverteilung in der Gesellschaft massiv zugunsten der Vermögenden. Dies ermöglichte erst den neoliberalen Umbau, der die Verantwortung für einen Großteil der wirtschaftlichen Probleme trägt, die wir heute erleben (Stiglitz, 2012).

Vereinfachte Darstellung der Lektionen aus der Weltwirtschaftskrise: Die Verteilung von Einkommen und Vermögen ist nicht nebensächlich.

Eine zu starke Konzentration des Reichtums an der Spitze führt einerseits zu einem effektiven Nachfragerückgang der Masse, was Unterauslastung des Kapitalstocks, Arbeitslosigkeit und eine Reduktion des Wirtschaftswachstums nach sich zieht.

Andererseits entstehen Finanzblasen. Da das Kapital der wenigen Superreichen aufgrund des Nachfragerückgangs nicht mehr zur Gänze gewinnbringend in der Realwirtschaft angelegt werden kann, entstehen Vermögensblasen, welche durch Fremdkapitalspekulation weiter angetrieben werden und irgendwann platzen (müssen).

1. Der Neoliberalismus

Der Begriff Neoliberalismus ist relativ schwammig definiert und hat sich über die Jahre beständig verändert. Hinzu kommt, dass die neoliberalen Zielvorstellungen

- maximale wirtschaftliche Freiheit und
- Entfaltungsmöglichkeiten von Individuen und Unternehmen

in diametralem Widerspruch zu den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen stehen, mit denen sich die Masse der Leute herumschlagen muss, die Opfer neoliberaler Politik werden. In der praktisch umgesetzten Politik bleibt von den Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen wenig übrig und es geht vielmehr um die Entfaltungsmöglichkeiten der Unternehmen – der großen, international agierenden Unternehmen.

Reine neoliberale Politik benötigt für die Durchsetzung eine extreme Konzentration politischer Macht und wurde daher bisher nur in lateinamerikanischen Militärdiktaturen zur Vollendung getrieben, beispielsweise unter Diktator Pinochet in Chile, an dessen Wirtschaftspolitik die Chicagoer Schule maßgeblich beteiligt war (Klein, 2007).[6] Aber auch die USA und Großbritannien sind seit Reagan und Thatcher einen weiten Weg gegangen. Die Vorstellung, dass auch talentierte Mitglieder aus schwächeren sozialen Schichten aufsteigen und Teil der Elite werden könnten, – welche dieses System in den Augen vieler zumindest teilweise rechtfertigte – ist seit Beginn der 90er Jahre statistisch nicht mehr nachweisbar: Der amerikanische Traum ist tot. Die soziale Durchlässigkeit ist in den USA noch geringer als in Europa (Wilkinson & Pickett, 2009).[7]

Dass die neoliberale Idee der wirtschaftlichen Freiheit aller zu einem Konzept der wirtschaftlichen Freiheit der Elite uminterpretiert wurde, ist auf die überproportionale Vertretungsmacht der Oberschicht in der repräsentativen Demokratie zurückzuführen (Stiglitz, 2012). Mit dem damit verbundenen zunehmenden Reichtum der Eliten steigt wiederum deren gesellschaftliche Macht. Dadurch verstärkt sich dieser Prozess von selbst. In den USA und in Großbritannien spielt dabei die Finanzierung der politischen Parteien und Akteure (die fast ausschließlich aus privaten Quellen stammt) eine nicht unerhebliche Rolle. Hinzu kommt der gesellschaftszersetzende Einfluss des Lobbyings, dem es zu verdanken ist, dass die Politik beständig Entscheidungen zugunsten kleiner reicher Gruppen – und vice versa zu Ungunsten der Masse der Bevölkerung – trifft (Reich, 2008).

> So wie es den Vereinigten Staaten gelungen war, das Problem der politischen Korruption zu lösen, indem man die Bestechung von Abgeordneten de facto legalisierte (man gab diesem Missstand einfach die Bezeichnung „Lobbying“), wurde auch das Problem des Zinswuchers aus der Welt geschafft: Jährliche Zinsen von 25, 50 und in einigen Fällen […] 120 Prozent, die bis

[6] Auf kleine wirtschaftliche Anfangserfolge, insbesondere bei der Inflationsbekämpfung, die von Milton Friedman noch als ökonomisches Wunder bezeichnet wurden, folgte schon nach wenigen Jahren eine schwere Rezession, verbunden mit einem drastischen Einbruch der Realeinkommen, hoher Arbeitslosigkeit und einem Zusammenbruch der Finanzmärkte (Klein, 2007).

[7] Diese Entwicklung geht mittlerweile soweit, dass sich konservative Intellektuelle in den USA mit der Frage beschäftigen, ob den armen US-AmerikanerInnen nicht das Wahlrecht entzogen werden sollte (Vadum, 2011).

> dahin [1980, Anm.] auf das organisierte Verbrechen beschränkt waren, wurden legalisiert. Für die Eintreibung solcher Schulden brauchte man jetzt keine Spezialisten mehr […] sondern man konnte ihnen Richter, Anwälte, Gerichtsvollzieher und Polizisten auf den Hals hetzen. (Graeber, 2012, S. 395)

Im Konnex von Lobbying und Finanzmarktreform in den USA schreibt Ulrike Herrmann in der deutschen Ausgabe der Le Monde diplomatique vom 4.12.2012:

> 2010 wurden in Washington 2.533 Lobbyisten von Banken und Versicherungen gezählt, die sich täglich mühen, regulatorische Unbill von der Branche abzuwenden. Auf jedes einzelne Kongressmitglied kamen also gleich fünf Repräsentanten der Finanzbranche. Von 1998 bis 2010 haben die Finanzinstitute mindestens 4,4 Milliarden Dollar für die gezielte Einflussnahme in Washington ausgegeben, wie das unabhängige Forschungsinstitut Center for Responsive Politics ermittelt hat. […] Weitere 2 Milliarden Dollar investierte die Finanzbranche zwischen 1990 und 2010 in diverse Wahlkämpfe. So hat allein der Demokrat Christopher Dodd 15 Millionen Dollar Spenden von Finanzinstituten erhalten. Pikant daran: Dodd war im US-Senat der Verhandlungsführer bei der Ausarbeitung der Finanzreform. Sein Gegenpart im Repräsentantenhaus war Barney Frank – weswegen das im Juli 2010 verabschiedete Gesetz offiziell "Dodd-Frank Act" heißt. Frank bekam rund 4 Millionen Dollar von den Banken, versicherte aber kürzlich bei einem Fundraising-Dinner an der Wall Street, er sei "nicht käuflich". (Hermann, 2012)[8]

1.1 Die Neoklassik: Wirtschaftswissenschaft mit missverstandenem Anwendungsbereich

Schon kurze Zeit nach Beginn des neoliberalen Experiments in den 1980er Jahre begannen die Finanzmärkte zu boomen. Fast drei Jahrzehnte lang lag das Wachstum der internationalen Finanzvermögen – mit wenigen Ausnahmen – über dem Weltwirtschaftswachstum. Dieser neu entstandene Wohlstand erschien einem Gutteil der Bevölkerung als ausreichende Rechtfertigung für die Ungleichheiten, die der Neoliberalismus sonst noch erzeugte, träumten doch viele davon, dass eines Tages jede/r von diesem neuen Wohlstand profitieren könnte. Den vielen kritischen Stimmen (Minsky, 1970; Keen, 2002; u.v.a.), welche auf den Blasencharakter der Finanzmärkte verwiesen und den neu entstandenen Scheinwohlstand als nicht nachhaltig bezeichneten, wurde kein Gehör geschenkt.

Erklärt wurde dieses außerordentliche Wachstum mit sich ändernden Rahmenbedingungen, der Entdeckung und Erschließung neuer Technologien oder dem Eintritt in ein neues, goldenes Zeitalter des ewigen Wirtschaftswachstums. Mit beinahe identischer Argumentation war Ende der 20er Jahre der Aktienboom vor der Weltwirtschaftskrise gerechtfertigt worden (Galbraith, 2008).

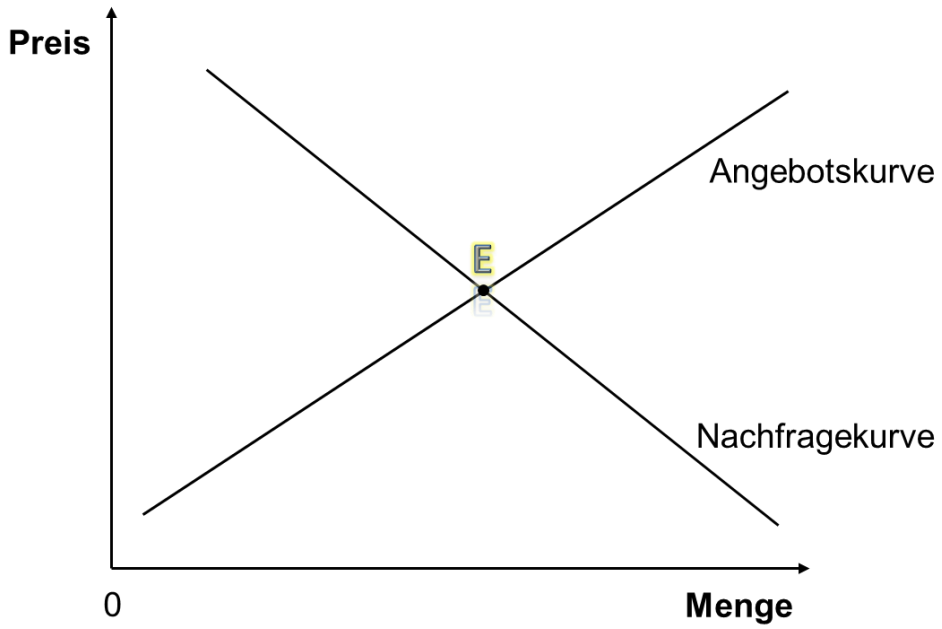
John Maynard Keynes räumte in seinem berühmten Werk, der „General Theory“, mit zahlreichen dieser Mythen auf (Keynes, 1955). Die Auswirkungen seiner Kritik auf die ökonomische Zunft waren

[8] Bei direkten Zitaten aus Zeitungsartikeln wird auf die Angabe von Seitenzahlen verzichtet. Ein Link zum Artikel findet sich in der Bibliographie.

allerdings endendwollend, und sein Buch wurde schon bald von der offiziellen Wirtschaftswissenschaft als ein rein „ideologisches Event“ abgetan (Posner, 2009).

Der Großteil der ÖkonomInnen wiederum war, angeführt von der Chicagoer Schule, in ihrem relativ zur Masse gut bezahlten Elfenbeinturm damit beschäftigt, eine detaillierte, hoch komplizierte mathematische Erklärung zu liefern, weshalb es ausgeschlossen sei, dass funktionierende, freie (Finanz-)Märkte Blasen erzeugen. Diese Erklärung wurde bekannt als „Neoklassik“. Abbildung 2 zeigt das – den neoklassischen Rechtfertigungen für die Unfehlbarkeit des Marktes zugrunde liegende – Gesetz von Angebot und Nachfrage, wobei der heilige Punkt E im Zentrum dem effizienten Marktgleichgewicht entspricht, zu dem ein funktionierender Markt laut dem Dogma der Neoklassik von alleine tendiert.

Abbildung 2: Das Totem der Neoklassik



Während von akademischer Seite sehr viel Forschungsarbeit in die Erstellung immer komplexerer und detaillierterer Modelle ihrer Vorstellung von Wirtschaft floss, wurde ein eigentlich zentrales Forschungsobjekt sträflich vernachlässigt. Es wurde nie ausreichend geklärt und erforscht, in welchen Bereichen ökonomische Modelle auf die Praxis anwendbar sind, und in welchen dies nicht nur unzulässig ist, sondern sogar problematische Folgewirkungen zeigen kann. Dogmatische, beinahe religiös anmutende Überzeugungen verhinderten eine ausreichende Beschäftigung des Faches mit der eigenen Praxisrelevanz (Sturn, 2011).

Diese problematische Entwicklung der akademischen Forschung führte dazu, dass die offizielle Volkswirtschaftslehre in ihrer dogmatischen Ignoranz empirischer Widersprüche zu einer hochkomplexen, pseudowissenschaftlich anmutenden Rechtfertigungsmaschine der herrschenden Macht-, Einkommens- und Vermögensverteilung wurde.

In ihrer, von weiten Bereichen der Realität völlig losgelösten, Überzeugung gingen die Beteiligten so weit, dass sich zwei Meister der Faches, die Nobelpreisträger des Jahres 1997, M.S. Scholes und R.C. Merton, daran machten, auf „wissenschaftlicher" Basis an den Finanzmärkten zu spekulieren, indem sie Abweichungen vom heiligen Punkt E, dem effizienten Marktgleichgewicht, auszunutzen gedachten. Von 1994 bis 1998 schafften sie es mit dem Fonds Long-Term-Capital-Management und einem Eigenkapital von nur 2,2 Mrd. Dollar, einen Spekulationsverlust von gigantischen 1,25 Billionen Dollar anzuhäufen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.03.2008).

Vereinfachte Darstellung der Grundzüge der Neoklassik:

Durch die Konkurrenz und das rationale Verhalten der Individuen stellt sich auf freien Märkten von selbst ein effizientes Marktgleichgewicht ein, in welchem Angebot gleich Nachfrage ist. Diese Kombination aus Menge/Preis ergibt das Maximum an gesellschaftlicher Wohlfahrt.

Da die Summe des Angebots immer gleich der Summe der Nachfrage ist, muss man sich keine Gedanken über eine Stützung der Nachfrage machen, diese stellt sich von alleine ein.

Staaten sollten sich idealerweise möglichst ganz aus dem wirtschaftlichen Prozess zurückziehen und nur die notwendige Minimalbedingung für funktionierende Märkte aufrechterhalten: Den Schutz des Privateigentums. U.a. bedeutet dies, dass Bildung, Gesundheits- und Energieversorgung profitorientierten, privaten Institutionen zu überlassen seien, da nur diese eine gesamtgesellschaftlich optimale Menge dieser Güter bereitstellen könnten.

1.2 Vermögenskonzentration als Folge neoliberaler Politik

Durch das massive Lobbying der Finanzindustrie[9] und die ausführliche wissenschaftliche Rechtfertigung von Seiten der Universitäten fanden die Grundzüge neoliberaler Politik Eingang in die Agenda der konservativen sowie der liberalen Parteien[10], was historisch nicht weiter verwunderlich ist. Allerdings wurden auch zahlreiche fälschlicherweise als sozialdemokratisch bezeichnete Projekte von diesem Gedankengut infiltriert, beispielsweise der von Schröder und Blair geprägte sogenannte dritte Weg.

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass genau in dieser Zeit die Einkommens- und Vermögenskonzentration extrem zunahm. Abbildung 1 zeigte bereits die Auswirkungen neoliberaler Politik auf den Anteil des reichsten Prozents (bzw. des reichsten Promilles) am Lohnkuchen. Die Vermögensverteilung ist aber selbstverständlich noch wesentlich ungleicher.

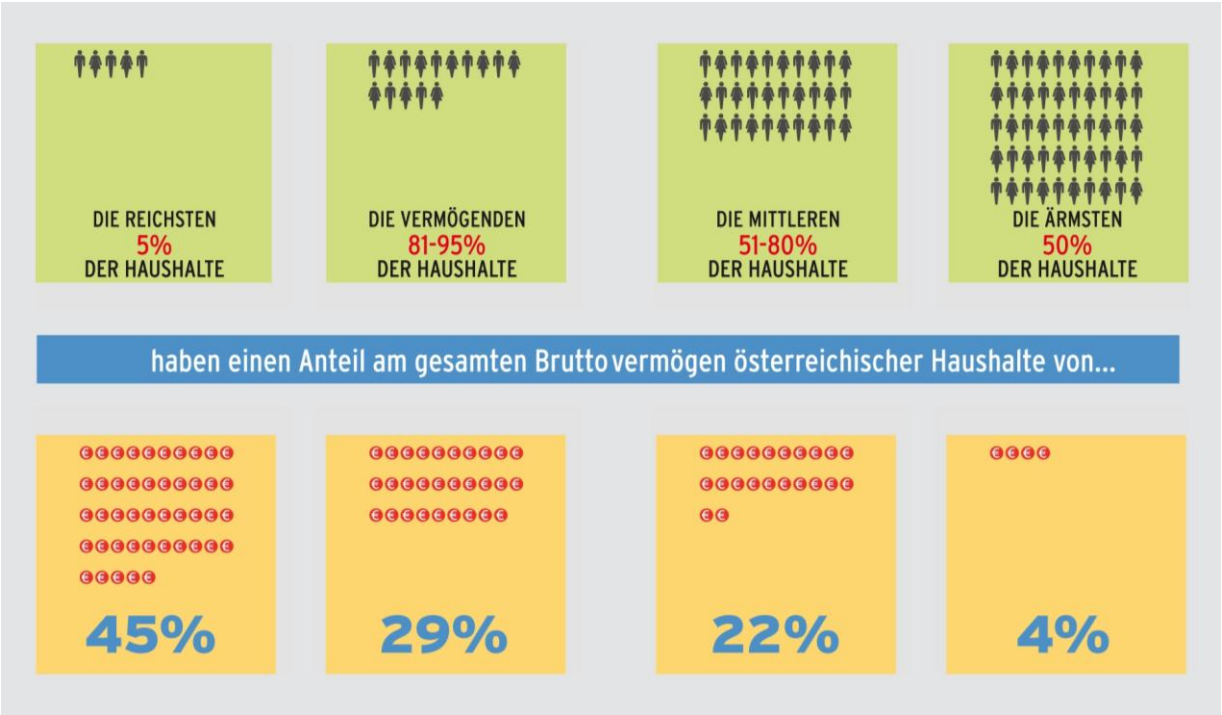
Abbildung 3 zeigt beispielsweise die Verteilung des Vermögens in Österreich auf Basis der jüngsten Ergebnisse der Österreichischen Nationalbank. Die OeNB betont dabei ausdrücklich, dass sie aufgrund methodischer Probleme in ihrer Untersuchung die Konzentration der Vermögen unterschätzt, d.h., dass die tatsächliche Vermögensverteilung noch wesentlich ungleicher sein dürfte.[11] Trotzdem besitzen laut dieser Studie die reichsten 5 % der ÖsterreicherInnen knapp die Hälfte des Gesamtvermögens (45 %) (Andreasch et al., 2012).

[9] „Finanzindustrie“ ist ein Beispiel für Orwell‘sches Neusprech (Orwell, 1949), suggeriert das Wort „Industrie“ doch, dass die Finanzmärkte etwas produzieren würden, was sie nicht tun. Für nähere Informationen zur bewussten Umdeutung von Begriffen zur Beeinflussung von Gesellschaft und Politik siehe Lakoff (2004).

[10] Weshalb insbesondere im wirtschaftspolitischen Bereich die Bezeichnungen „konservative“ Politik und „neoliberale“ Politik vom Inhalt her mittlerweile praktisch identisch sind, nur die begleitenden Worthülsen und Rechtfertigungen unterscheiden sich. Die liberalen Parteien vertreten oft unverhohlen neoliberale Politik und vergessen dabei, dass zentrale liberale Konzepte wie beispielsweise Chancengleichheit in einem neoliberalen System ausgeschlossen sind. Wie kann es Chancengleichheit geben, wenn eine gute Ausbildung mehr kostet als das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung (vgl. Hartmann, 2007)?

[11] Es gibt in Bezug auf die Erhebung der Vermögensverteilung durch Umfragen zahlreiche Probleme, u.a. aufgrund der Tatsache, dass es an den Rändern der Verteilung Probleme gibt, wahrheitsgetreue UmfrageteilnehmerInnen zu finden (so hat die OeNB in ihrer Umfrage weder Obdachlose noch Anstaltsinsassen noch Milliardäre befragt). Aus diesem Grund kann in etwa ein gutes Drittel der geschätzten Vermögen in Österreich keinem Haushalt zugeordnet werden (vgl. Matzer & Snieder, 2008). Da dieses fehlende Drittel aber vermutlich eher den Milliardären als den Obdachlosen gehört, dürfte die Vermögenskonzentration von der OeNB – wie sie selbst betont – unterschätzt werden.

Abbildung 3: Vermögensverteilung in Österreich



Quelle: Andreasch et al., 2012; Darstellung AK Wien

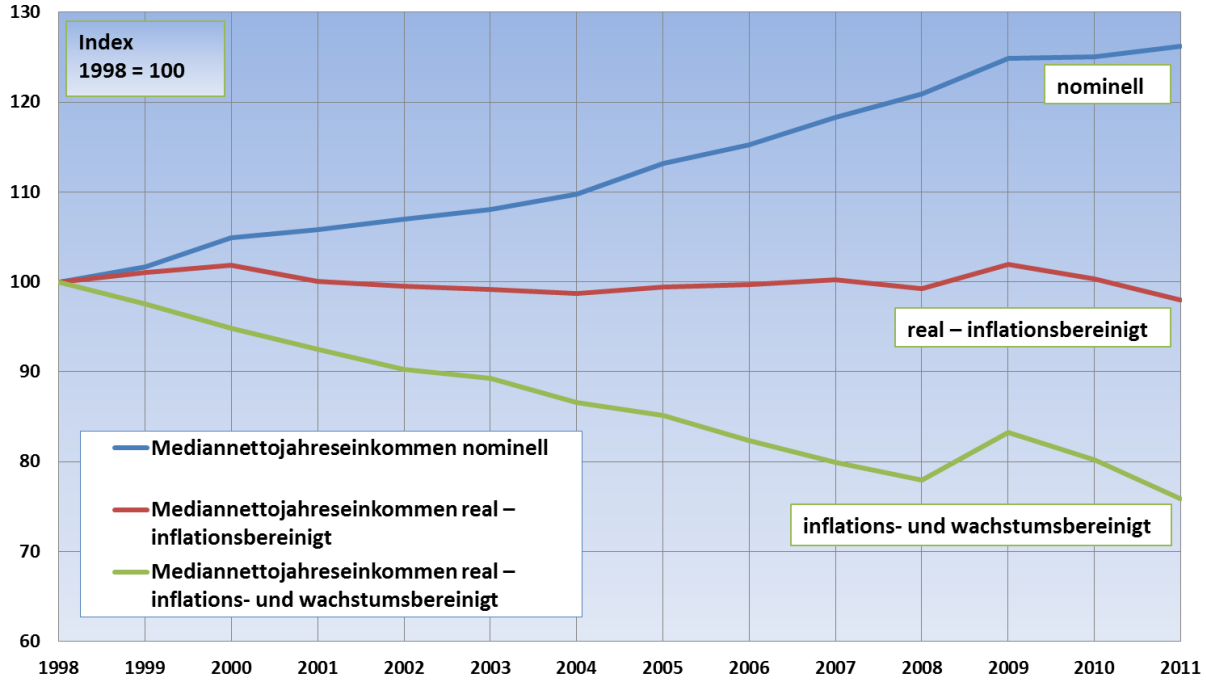
Abbildung 3 zeigt, dass es die Spitze der Bevölkerung geschafft hat, sich einen relativ großen Anteil des Volksvermögens zu sichern.[12] Mit diesem Vermögen sind natürlich auch Kapitaleinkünfte verbunden. Diese wurden von Jahr zu Jahr größer. Aber woher kommen diese Kapitaleinkommen?

[12] Eckerstorfer et al. (2013) kommen auf Basis einer statistischen Analyse der OeNB-Ergebnisse zu einer wesentlich stärkeren Konzentration der Vermögen in Österreich. Ihnen zufolge besitzt das reichste 1 % ganze 37 % des österreichischen Gesamtvermögens, die reichsten 5 % gemeinsam 57,8 % und die ärmsten 50 % nur 2,2 % des Vermögens. Da aber auch Eckerstorfer et al. zur Sicherstellung, dass sie die Vermögenskonzentration nicht überschätzen, davon ausgehen, dass es keine Milliardäre in Österreich gibt, unterschätzen vermutlich auch sie die Vermögenskonzentration.

1.3 Wachsende Kapitaleinkommen versus Reallohnstagnation

Da Wissen sowie Möglichkeiten zur Kapitalanlage positiv mit der Höhe des verfügbaren Kapitals korrelieren, ist davon auszugehen, dass die Kapitaleinkommen noch stärker konzentriert sind, als es die Vermögensverteilung suggeriert. Aufgrund der Intransparenz der Kapitalflüsse in und aus Steueroasen, welche infolge der neoliberalen Doktrin des freien Kapitalverkehrs zu beeindruckender Blüte gelangt sind, ist es allerdings nicht so einfach, diesen Zusammenhang empirisch zu untermauern. Die so erzielten Kapitaleinkommen müssen natürlich irgendwo herkommen. Einerseits entstanden sie durch die dem neoliberalen Wirtschaftswachstum zugrunde liegende Blasendynamik, welche in den folgenden drei Unterkapiteln noch näher erläutert wird. Andererseits entsprangen diese Einkommen der zunehmenden Ungleichverteilung. Wenn die Kapitaleinkommen stärker wachsen als die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit, dann muss dieses Wachstum auf Kosten anderer Sektoren gehen. Abbildung 4 zeigt, dass die zusätzlichen Einkommen der Einkommensspitze in Österreich auf Kosten der unteren Einkommen erzielt wurden. Das Mediannettojahreseinkommen[13] hat seit 1998[14] vom Wirtschaftswachstum nicht profitiert.

Abbildung 4: Entwicklung der Mediannettojahreseinkommen in Österreich, 1998 = 100



Quelle: Statistik Austria 2012; eigene Berechnung, eigene Darstellung

„Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“, erklärte schon Bertolt Brecht. Reichtum und Armut sind zwei Seiten derselben Medaille, da Reichtum immer ein relativer Begriff ist. Es können nie alle

[13] Würden wir alle ÖsterreicherInnen geordnet nach der Höhe ihres Einkommens in einer Reihe aufstellen, dann entspricht das Medianeinkommen dem Einkommen derjenigen Person, die genau in der Mitte dieser Reihe steht.

[14] Ältere Daten zum Mediannettojahreseinkommen in Österreich gibt es nicht. Es ist allerdings davon auszugehen, dass diese Entwicklung bereits einige Jahre länger anhält.

Mitglieder einer Gesellschaft „reich“ sein. Denn im Verhältnis zu wem sind sie dann reich, wenn es keine Armen gibt? 16,6 % der Bevölkerung in Österreich gelten als armutsgefährdet. 6,2 % der Bevölkerung gelten als manifest arm, haben also Probleme ihre Wohnung warm zu halten, sich ausreichend zu ernähren und Arztbesuche zu finanzieren (Sozialbericht des BMASK).[15]

[15] Auch in Deutschland wird regelmäßig ein Armutsbericht erstellt. Da dessen Erkenntnisse allerdings nicht zu der Ideologie der konservativ-liberalen Regierung passen, wurde der Armutsbericht 2012 umformuliert. Aus "Während die Lohnentwicklung im oberen Bereich positiv steigend war, sind die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken. Die Einkommensspreizung hat zugenommen." wurde die Formulierung, die sinkenden Reallöhne seien „Ausdruck struktureller Verbesserungen“. Die Aussage "Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt." wurde komplett gestrichen (Süddeutsche Zeitung, 28.11.2012).

1.4 Neoliberaler Scheinwohlstand

Infolge der Erdölschocks der 1970er Jahre kam es zu einer Umverteilung eines Teils der Einkommen der Industriestaaten hin zu den erdölexportierenden Ländern. Diese waren aber nicht in der Lage bzw. willens, ihre neu eroberten Renteneinkünfte komplett in den eigenen Ländern zu investieren, und überließen einen Gutteil davon den internationalen Banken zum Investieren, oder genauer gesagt zum Spekulieren.[16] Dieses zusätzliche Kapital erzeugte eine nicht unerhebliche Zusatznachfrage auf den bis dahin nur schwach wachsenden Finanzmärkten, wodurch die Vermögenswerte auf den Finanzmärkten an Wert gewannen. Dies war die Initialzündung für eine Finanzmarktrallye, die seitdem – dank immer massiver werdender Eingriffe der Politik zur Rettung der Blasen – noch immer kein richtiges Ende gefunden hat (Kamppeter, 2012).

Angefeuert wurde die Rallye von der zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen, die infolge der neoliberalen Politik der 80er Jahre stattfand. Während die Masse aufgrund der sich ändernden Machtverhältnisse einen immer kleineren Anteil an den Produktivitätsgewinnen erhielt, konnte sich die Elite an immer größeren Kapitalerträgen erfreuen. Da allerdings die Sparquote positiv mit dem Einkommen korreliert, d.h., dass reichere Menschen einen größeren Anteil ihres Einkommens sparen, kam es infolge dieser Umverteilung zu einem Rückgang der Kaufkraft. Dieser wiederum reduzierte aufgrund sinkender Renditen die Investitionsmöglichkeiten in die Realwirtschaft, während zeitgleich die Finanzmärkte anfingen zu boomen. Infolgedessen fand ein immer größer werdender Teil der Einkommen seinen Weg auf die Finanzmärkte, wo er zusätzliche Nachfrage nach Finanzprodukten generierte und so die Kursrallye weiter anfeuerte.

So wurden auch Unternehmen infolge des Drucks zur höheren Rendite vermehrt auf die Finanzmärkte getrieben. Siemens beispielsweise veranlagt heute mehr Kapital auf den Finanzmärkten als in der Realwirtschaft. Der kollektive Hype um die extreme Rendite, die auf den Finanzmärkten zu verdienen war, veranlasste einen guten Teil des Mittelstandes ebenfalls dazu, seine Ersparnisse in spekulative Produkte zu „investieren“. Erfolgreichem Lobbying des Finanzsektors ist es zu verdanken, dass auch die Rentenversicherung in Österreich oder Deutschland in immer größerem Ausmaß in Form der sogenannten dritten Säule von der Politik in die Finanzmärkte umgeleitet wurde.

Diese permanent zunehmende Nachfrage trieb die Vermögenspreise an den Finanzmärkten weiter an und befeuerte damit das – vom Wachstum der Realwirtschaft beinahe vollständig losgelöste – Blasenwachstum der Finanzmärkte. Zeitgleich zur Vermögenspreisblase an der Spitze der Gesellschaft entstand eine enorme Verschuldungsblase.

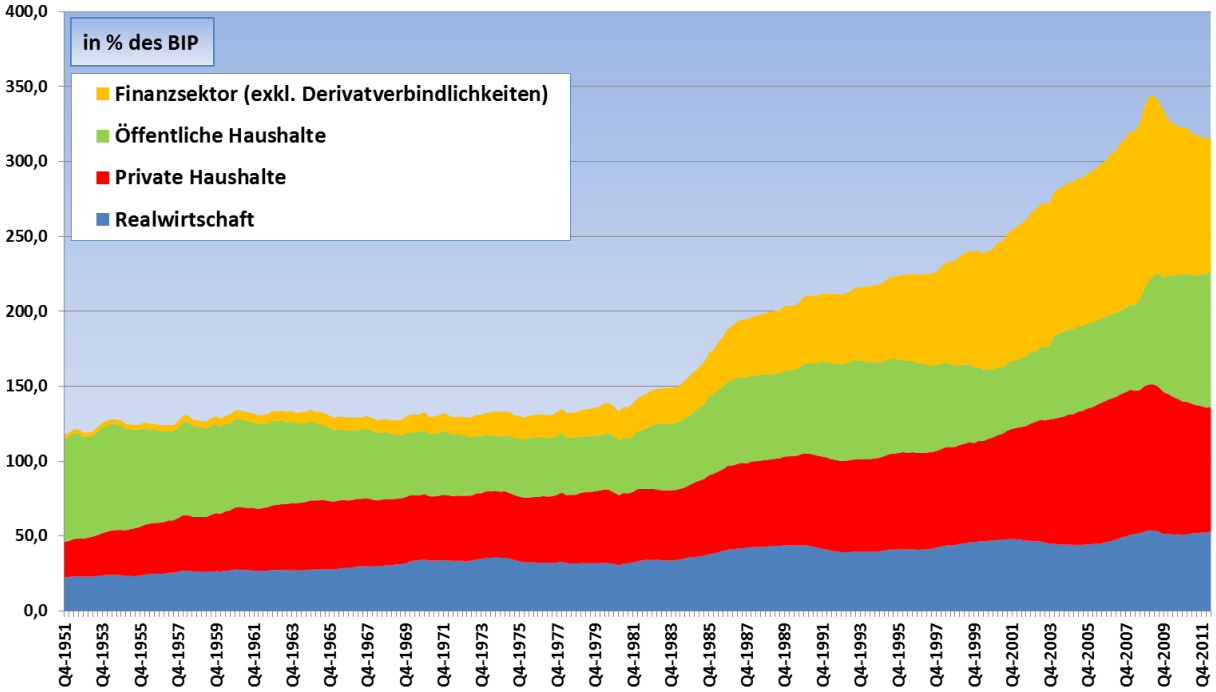
[16] Das Wort „spekulieren“ wird im neoliberalen Neusprech gerne durch das Wort „investieren“ ersetzt.

1.5 Mangelnde effektive Nachfrage und Schuldenwachstum

Mit der zunehmenden Ungleichverteilung verschärfte sich – vergleichbar mit der Situation vor der letzten großen Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre – das Problem der fehlenden effektiven Nachfrage. Grund dafür ist, dass die ärmeren Schichten, die Verlierer der Umverteilung, eine höhere Konsumneigung haben als die reicheren Schichten, die die Hauptnutznießer der neoliberalen Politik sind. Erstere können aus finanziellen Gründen nicht mehr so viel konsumieren wie zuvor, letztere sparen einen wesentlich größeren Teil ihres Vermögens. Beides reduziert die Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen.

Der Grund dafür, dass dieser Rückgang der effektiven Nachfrage das Wirtschaftswachstum nicht schon früher abgewürgt hat, ist das konsequente Schuldenwachstum. Wie Abbildung 5 für die USA, Abbildung 6 für Großbritannien und Abbildung 9 für die europäische Währungsunion zeigen, nahm die Gesamtverschuldung in Relation zum BIP der jeweiligen Ökonomien beständig zu. In den USA – die die neoliberale Politik und damit die Umverteilung von der Masse hin zur Spitze besonders radikal betrieben – nahm die Verschuldung der privaten Haushalte besonders stark zu, wie die rote Fläche in Abbildung 5 zeigt. Die blaue Fläche zeugt hingegen von einer relativ geringen fremdkapitalfinanzierten Investitionstätigkeit der realwirtschaftlich tätigen Unternehmen in den USA.

Abbildung 5: Entwicklung der Gesamtschulden in den USA in Relation zum BIP, 1951 bis 2012, exklusive Derivatverbindlichkeiten[17]



Quelle: Haver Analytics 2013, eigene Berechnung, eigene Darstellung

[17] Die Derivatverbindlichkeiten der USA werden nicht veröffentlicht. Dazu im Folgenden mehr.

Kritiker mögen einwenden, dass neue Schulden ja keine zusätzliche Nachfrage erzeugen könnten, da schließlich nur von Person A gespartes Geld an Person B verliehen werde, wodurch Person B die infolge der höheren Sparneigung von A reduzierte Nachfrage ausgleichen würde. Diese Logik ignoriert allerdings unser System der Geldschöpfung.

1.5.1 Die Geldschöpfung im Privatbankensystem

In einem geschlossenen System ohne Misstrauen und mit minimalen Transaktionskosten, wie sich die internationalen Finanzmärkte noch vor 2008 präsentiert haben, kann durch die Bilanzverlängerung der Privatbanken eine beinahe beliebige Geldmenge durch Schuldenwachstum erzeugt werden.

Beispiel:

1. Eine Person borgt sich von Bank A 1.000 € und kauft dafür ein beliebiges Produkt.
2. Der/die VerkäuferIn des Produkts legt die 1.000 € auf sein Sparkonto bei Bank B.
3. Bank A borgt sich die 1.000 € am Interbankenmarkt von Bank B zurück.

1. Am nächsten Tag verborgt Bank A die 1.000 € erneut.
2. …

Solange dieses System funktioniert und das Vertrauen auf Rückzahlung zwischen den einzelnen Akteuren und Banken aufrechterhalten bleibt, wachsen die Schulden in diesem System beständig an. Sie erzeugen so auf der einen Seite zusätzliche Nachfrage und damit Wirtschaftswachstum und (Schein-)Wohlstand, auf der anderen Seite einen beständig wachsenden Berg an Schulden. Die gelbe Fläche in Abbildung 5 zeigt die zunehmende Geldschöpfung durch die Bilanzverlängerung im Privatbankensystem.

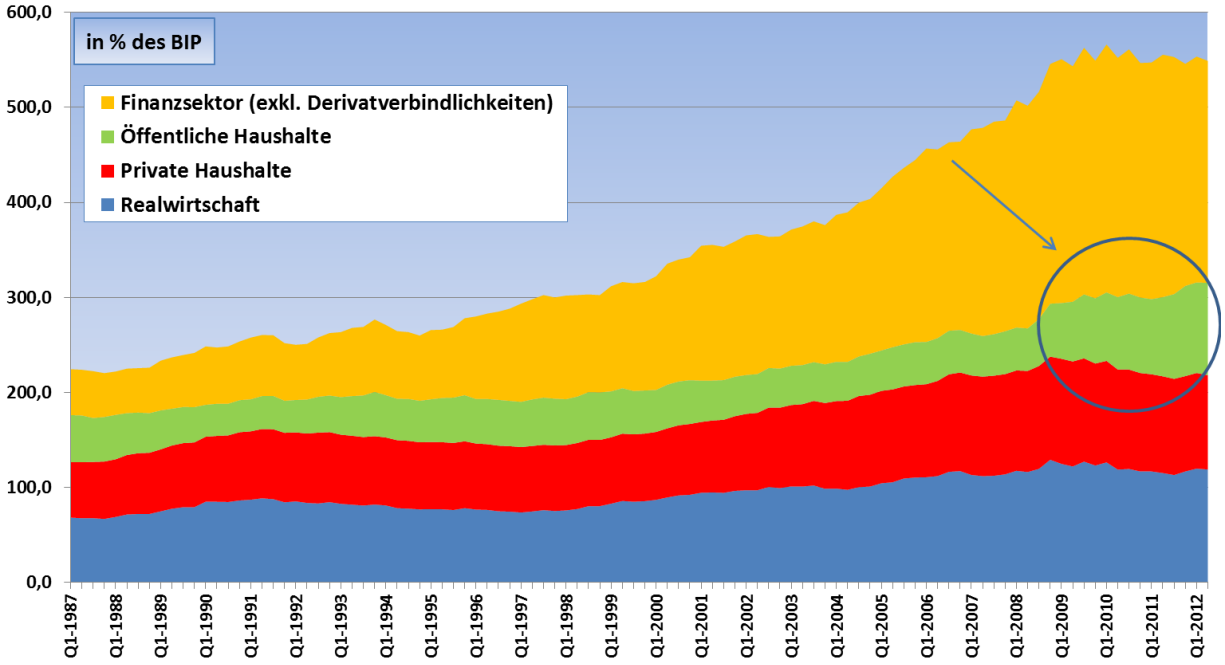
Bis zum Jahr 2008 nahm das Verhältnis von Schulden zu BIP kontinuierlich und in immer größerem Ausmaß zu. Erst die Finanzkrise 2008 läutete ein Kehrtwende ein.

1.6 Auf eine Blase folgt eine Blase folgt eine Blase

Was passiert, wenn das Schuldenwachstum plötzlich nachlässt? Da die Neuverschuldung ein wichtiger Aspekt der Gesamtnachfrage ist, sinkt zunächst die Nachfrage. Infolgedessen sinkt die Beschäftigung, da aufgrund der sinkenden Nachfrage weniger Personen zur Bereitstellung der schrumpfenden Gütermenge benötigt werden. Die so steigende Arbeitslosigkeit reduziert wiederum das Volkseinkommen, was erneut die Gesamtnachfrage reduziert. Eine klassische nachfrageinduzierte Depression entsteht.

Dank John Maynard Keynes hat die Politik gelernt, wie sie auf diese Situation reagieren muss: Sie reagiert fiskalpolitisch mit keynesianischem Deficit-Spending. Sie macht zusätzliche Schulden und treibt damit die Nachfrage künstlich nach oben. Dies wiederum wirkt sich positiv auf die Beschäftigung aus, wodurch die Einkommen ansteigen und woraufhin die Nachfrage weiter anzieht usw. Dies ist der berühmte Multiplikatoreffekt nach Keynes. Genau auf diese Weise reagierte die Politik auch auf die Finanzkrise 2008 (wie aus Abbildung 5 für die USA oder aus Abbildung 6 im Falle Großbritanniens ersichtlich).

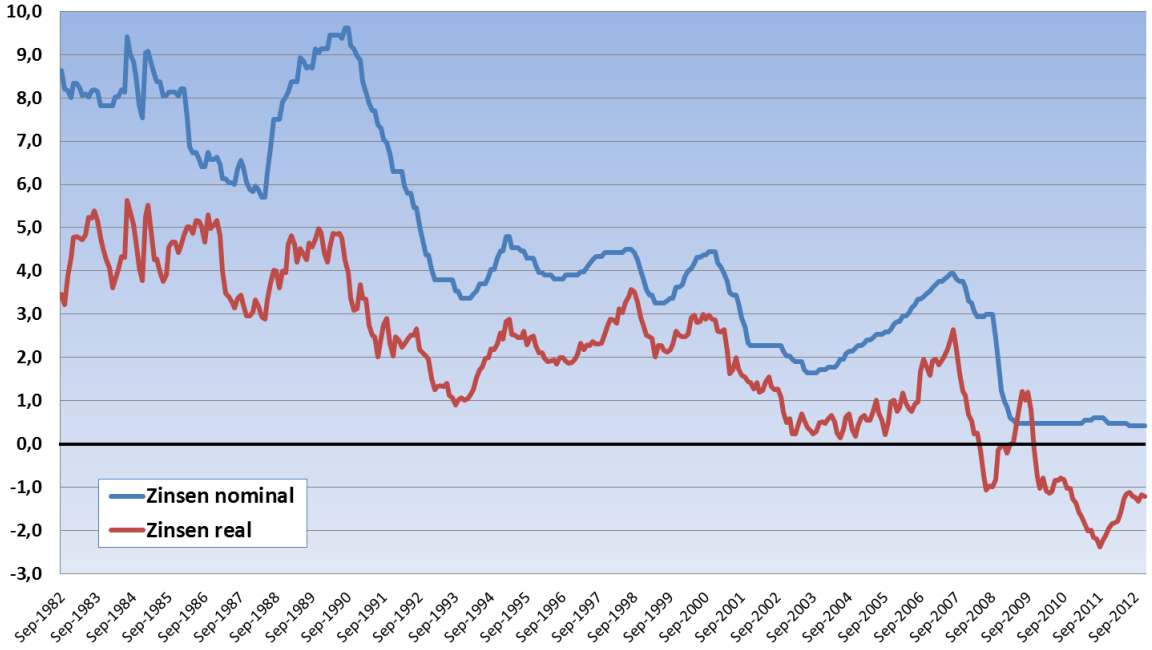
Abbildung 6: Entwicklung der Gesamtschulden in Großbritannien in Relation zum BIP, 1987 bis 2012, exklusive Derivatverbindlichkeiten



Quelle: Haver Analytics 2013, eigene Berechnung, eigene Darstellung

Neben der Fiskalpolitik reagiert aber auch die jeweilige Notenbank geldpolitisch auf die Krise. In einem ersten Schritt werden die Zinsen gesenkt. Eine Zinssenkung erhöht die Gesamtverschuldung indirekt, indem sie die Kosten der Verschuldung reduziert. Dadurch sinkt einerseits der Anteil der Neuverschuldung, der zur Refinanzierung alter Schulden notwendig ist, und der Anteil der nachfragewirksamen Verschuldung an der Neuverschuldung steigt. Andererseits wird durch den geringeren Zinssatz die Neuverschuldung der privaten Akteure angetrieben, was wiederum die Nachfrage antreibt. Abbildung 7 zeigt uns allerdings, dass wir diesen Weg der Zinssenkung nicht beliebig oft beschreiten können, da das derzeitige Zinsniveau nominal bereits gegen null Prozent tendiert und real (also abzüglich der Inflation) schon im Negativen verläuft (vgl. Hoffmann & Schnabl, 2011).

Abbildung 7: Durchschnittliche Leitzinssatzentwicklung 1982–2012 in Prozent (USA, GB, Japan, Eurozone)



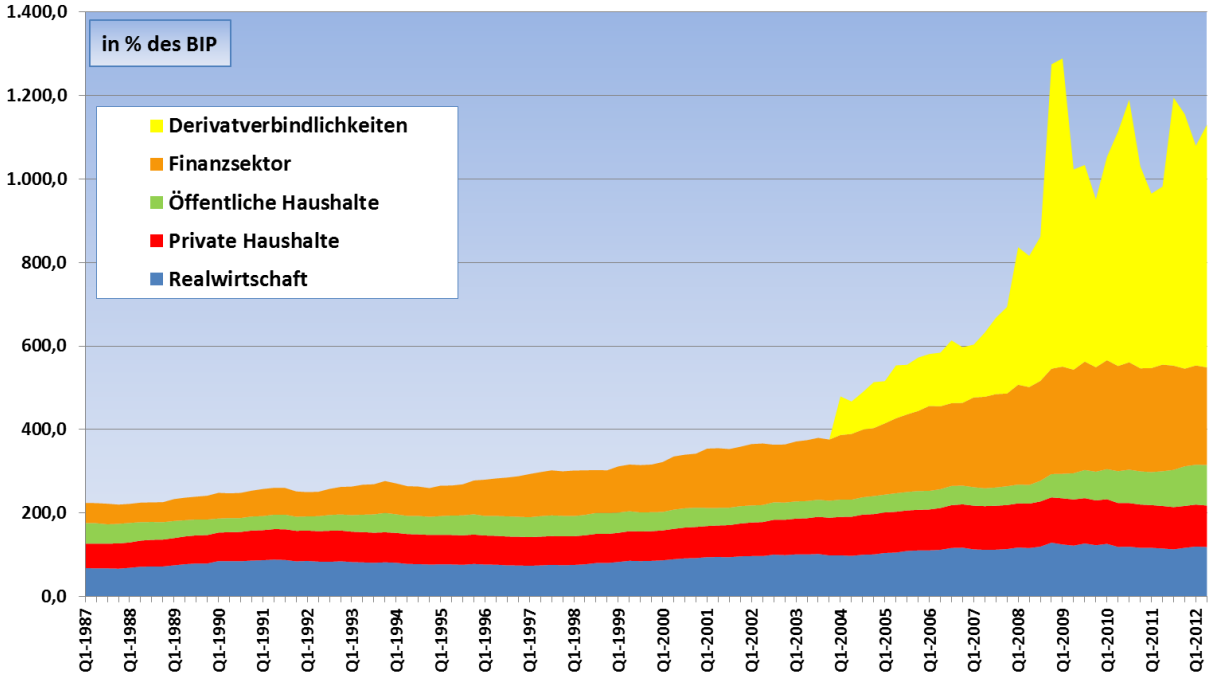
Quelle: Haver Analytics 2013, eigene Berechnung, eigene Darstellung

1.6.1 Schuldengetriebene Spekulation

Nicht nur die privaten Haushalte verschulden sich in immer größerem Ausmaß.[18] Niedrige Zinsen, verbunden mit enormen Gewinnaussichten auf den Finanzmärkten, treiben ein Rad der Fremdkapitalspekulation an, welches sich eines immer größeren Hebels bedient. Minsky (2011) zeigte bereits 1970, dass Finanzmärkte endogenen Anreizen unterliegen, beständig das Risiko zu vergrößern und den Fremdkapitalhebel zu verlängern. Dies funktioniert auch eine Zeit lang ganz gut, da sie damit eine Blasendynamik entfachen, die eine gewisse Zeit lang selbstverstärkend wirkt und sich selbst bestätigt. Irgendwann aber müssen die Blasen platzen, und je später dies passiert, desto problematischer sind die Auswirkungen.

Im Gegensatz zu den USA veröffentlicht Großbritannien die Derivatverbindlichkeiten seiner Banken. Letztere sind in erster Linie zu Spekulationszwecken aufgenommene Verbindlichkeiten, anhand derer mittels Fremdkapital auf den Ausgang eines Geschäfts gewettet wird. Abbildung 8 zeigt eine Vervollständigung von Abbildung 6 inklusive Derivatverbindlichkeiten (hellgelbe Fläche). Das schiere Ausmaß der Verschuldung in Großbritannien ist erschreckend, liegt doch die Gesamtverschuldung mittlerweile bei unglaublichen 1.150 % des BIPs.

Abbildung 8: Entwicklung der Gesamtschulden in Großbritannien in Relation zum BIP, 1987 bis 2012, inklusive Derivatverbindlichkeiten



Quelle: Haver Analytics 2013, eigene Berechnung, eigene Darstellung

[18] Wie die roten Flächen in Abbildung 5 und Abbildung 6 zeigen.

1.7 Das Ende unseres Schuldenzyklus?

Die Politik hat, mehr oder weniger unbewusst, Schuldenblasen durch das Erzeugen und Fördern neuerer, noch größerer Schuldenblasen bekämpft – staatliche Schuldenblasen mittels Deficit-Spending und private Schuldenblasen durch Zinsensenkungen. Sie hat also das Platzen der Blasen durch erneutes Verabreichen zusätzlicher Liquidität in Form von Schulden auf einen zukünftigen Zeitpunkt verschoben.

Die Gründe für dieses Verhalten der Politik sind mannigfaltiger Natur. Zu dem prinzipiellen Problem, dass es sehr schwer ist, eine Blase frühzeitig als solche zu erkennen, gesellt sich die offizielle Lehrmeinung der neoklassischen Ökonomie, die ja das Entstehen von Blasen auf freien Märkten ausschließt und es als Hauptaufgabe der Politik sieht, sich nicht in die Wirtschaft einzumischen.[19] Hinzu kommt das Getöse unzähliger Lobbyisten, deren Aufgabe darin besteht, die problematischen Folgen, welche das Platzen der Blasen für ihre Klienten hätte, abzuwenden. Zusätzlich erschwert wird das Problem durch den relativ kurzfristigen Planungshorizont der Politik, der sich häufig nicht weiter als bis zur nächsten Wahl erstreckt. Da die Wirtschaft von einer wachsenden Blase vorübergehend sogar profitiert, hat die Politik auch wenig Anreiz, dem Blasenwachstum ein Ende zu setzen, eher im Gegenteil. Denn während die Blasen wachsen, erzeugen sie Scheinwohlstand. Die Leute fühlen sich infolgedessen reicher, als sie tatsächlich sind, und geben mehr Geld aus, wodurch die Nachfrage steigt, wovon wiederum die Beschäftigung profitiert.

Bisher war diese Politik des Aufschiebens relativ erfolgreich: Auf jeden Finanzmarkteinbruch folgte eine Ausweitung der Verschuldung, niedrigere Zinsen und eine neue, noch größere Blase.[20] Dieser Weg muss allerdings folgerichtig einmal ein Ende erreichen. Momentan sieht es ganz danach aus, als hätten wir im Herbst 2008 – vergleichbar mit dem Herbst des Jahres 1929 – das Ende unseres Schuldenzyklus erreicht. Seitdem herrscht Ausnahmezustand: Der Zweck, die Blasen vor dem endgültigen Zusammenbruch zu bewahren, scheint alle Mittel zu heiligen.

[19] Siehe Kapitel 1.1.

[20] Dies gilt nicht für Japan. Japan erreichte bereits 1990 das Ende seines Schuldenzyklus und konnte seine Vermögensblasen seitdem nie mehr richtig aufblähen. Die japanische Wirtschaft wird mittlerweile bereits seit zwei Jahrzehnten durch „unkonventionelle Maßnahmen“ am Laufen gehalten. Nur durch eine permanente Ausweitung der Geldbasis und der Staatsverschuldung, die mittlerweile bei knapp 250 % des BIP liegt, verbunden mit hohen Außenhandelsüberschüssen hielt sich die japanische Wirtschaft seitdem über Wasser (siehe dazu auch Kapitel 3.2.1).

2. Die Finanzkrise 2008

Im Herbst 2008 platzten zeitgleich die beiden großen Blasen der internationalen Verschuldung und der Vermögenswerte auf den Finanzmärkten. Beinahe sämtliche großen international tätigen Banken galten als insolvent bzw. insolvenzgefährdet. Auslöser, aber nicht Grund der Krise war der ein Jahr zuvor im August 2007 zusammengebrochene Immobilienmarkt der USA.

Vorübergehend schien alles möglich. Die Politik warf alle zuvor hochgehaltenen Prinzipien der Selbstregulierung der Märkte über Bord und riesige Geldmengen gleich hinterher. Anerkannte Mainstream-Ökonomen begannen an den heiligen Dogmen der Neoklassik zu zweifeln und erklärten: „Verblüfft durch die Verwirrung meiner Profession beschloss ich, dass es dringend an der Zeit sei Keynes General Theory zu lesen. Nachdem ich das getan hatte, musste ich erkennen, dass dieses Buch trotz seines Alters die beste Anleitung zur aktuellen Krise ist, die wir haben.“ (Posner, 2009; eigene Übersetzung).

2.1 Die Reaktion der Politik

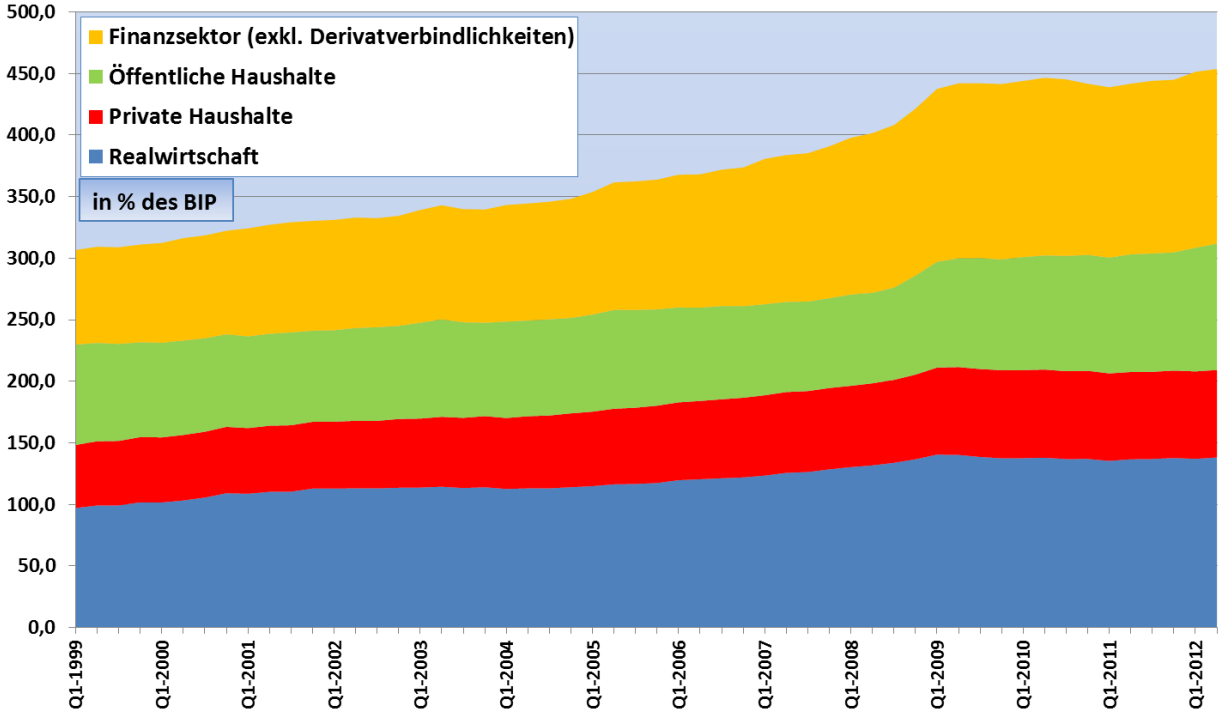
Weltweit beschloss die Politik zu klotzen, nicht zu kleckern, und steckte Billionen an Steuergeldern in die angeschlagenen Finanzmärkte. Aufgrund unterschiedlicher und oft intransparenter Gestaltung der Hilfsmaßnahmen ist eine genaue quantitative Abschätzung der in Summe eingesetzten Gelder nicht möglich. Die Schätzungen in den Medien belaufen sich auf Werte zwischen 3.000 bis 8.000 Milliarden $ (letzteres entspricht in etwa 10 % der jährlichen Weltwirtschaftsleistung). In Österreich betragen alleine die geschätzten Kosten für die Rettung der Hypo Alpe Adria 9,2 Mrd. € (Die Presse, 28.5.2013). Alles unter dem Motto: „Die Blasen dürfen nur nicht platzen (zumindest nicht in meiner Legislaturperiode).“

Allein der US-amerikanische Versicherungskonzern AIG, der sich massiv mit Kreditderivaten verspekuliert hatte, erhielt beispielsweise 180 Mrd. $ an US-Steuergeldern. Die Gläubiger wurden – anders als im Konkursfall üblich – nicht an den Kosten beteiligt. Hauptgläubiger von AIG war die US-Investmentbank Goldman Sachs. Verantwortlich für das Hilfspaket war der Multimillionär und Finanzminister der USA unter George W. Bush, Hank Paulson, der selbst bis 2006 Aufsichtsratspräsident von Goldman Sachs war. 12,9 Mrd. $ des Hilfspaketes gingen direkt von AIG weiter an Goldman Sachs, die diese als Gewinne aus Kreditderivatspekulationen verbuchten. Selbige sind in den USA steuerfrei (Taibbi, 2009).

Unter vollkommener Ignoranz des zuvor in jedem Verteilungskampf zwischen BürgerInnen und Konzernen von der Politik hochgehaltenen neoliberalen Prinzips der Nichteinmischung in die freie Marktwirtschaft begannen Regierungen weltweit, hektisch keynesianisches Deficit-Spending zu betreiben, um einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft infolge der Spekulationsexzesse zu verhindern.

Der Großteil der Gelder wurde dabei allerdings nicht in die Realwirtschaft gesteckt, sondern in die Finanzmärkte.[21] Im Gegensatz zur letzten großen Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre wurde so der drohende Kollaps abgewendet, allerdings auf Kosten massiv zunehmender Staatsverschuldung wie Abbildung 5, Abbildung 6 und Abbildung 9 zeigen. Die Staatsschuldenkrise war daher nur eine logische Folge dieser Maßnahmen.

Abbildung 9: Entwicklung der Gesamtschulden in der Eurozone in Relation zum BIP, 1999 bis 2012, exklusive Derivatverbindlichkeiten



Quelle: Haver Analytics 2013, eigene Berechnung, eigene Darstellung

[21] Dies geschah auf Basis der neoklassischen Annahme eines fixen Geldschöpfungsmultiplikators. Letzterer besagt, dass die Banken ein – durch den Geldschöpfungsmultiplikator multipliziertes – Vielfaches des ihnen zur Verfügung gestellten Geldes in die Wirtschaft pumpen würden. Dieser Geldschöpfungsmultiplikator wurde zwar bereits 1983 von Basil J. Moore in das Reich der Mythen befördert, dies hielt jedoch weder die Neoklassiker davon ab, ihn weiter an der Universität zu unterrichten, noch die Lobbyisten davon, ihn als Grund dafür aufzuführen, weshalb die staatlichen Hilfsgelder in die Wall Street statt in die Main Street gesteckt werden sollten (Keen, 2011, S. 306ff.).

2.2 Die Rolle der großen Notenbanken

Die enorme Zunahme der Staatsverschuldung infolge der Finanzkrise rief genau jene wieder auf den Plan, die gerade eben erst durch das Steuergeld gerettet wurden: Die Zocker auf den internationalen Finanzmärkten. Diese begannen darauf zu spekulieren, dass sich die Staaten die Rettung eben jener Zocker gar nicht leisten könnten und daher bankrottgehen müssten.

Aber weshalb geschah dies in erster Linie innerhalb der Eurozone? Wie Abbildung 9 zeigt, waren sowohl die Zunahme der Gesamtverschuldung als auch die Zunahme der Staatsverschuldung infolge der Krise in der Eurozone geringer als in den USA (Abbildung 5) oder in Großbritannien (Abbildung 6). Wieso kam es dann zu einer Eurokrise und nicht zu einer Dollar- oder Pfundkrise?[22]

Die Gründe dafür sind in zweierlei Bereichen zu finden:

1. In den Außenhandelsungleichgewichten innerhalb der Eurozone, welche in Kapitel 3.2 noch näher erläutert werden, und

2. in dem unterschiedlichen Rollenverständnis der jeweiligen Notenbanken.

Als im Herbst 2008 die Finanzkrise ausbrach, wurde offensichtlich, dass der Großteil der international agierenden Banken insolvent ist. Um eine Systemschmelze zu verhindern, stellten daher die meisten Staaten de facto Blankogarantien für ihre Banken aus und erklärten: Wir als Staat haften für sämtliche Bankschulden. Das konnten sich aber nur ganz wenige Staaten tatsächlich leisten. Sowohl in Großbritannien als auch in den USA erklärten daher die Zentralbanken sofort: „Wir als Zentralbank haften für sämtliche Staatsschulden. Und wir können per definitionem nicht bankrottgehen, da wir unlimitiert Geld drucken dürfen."

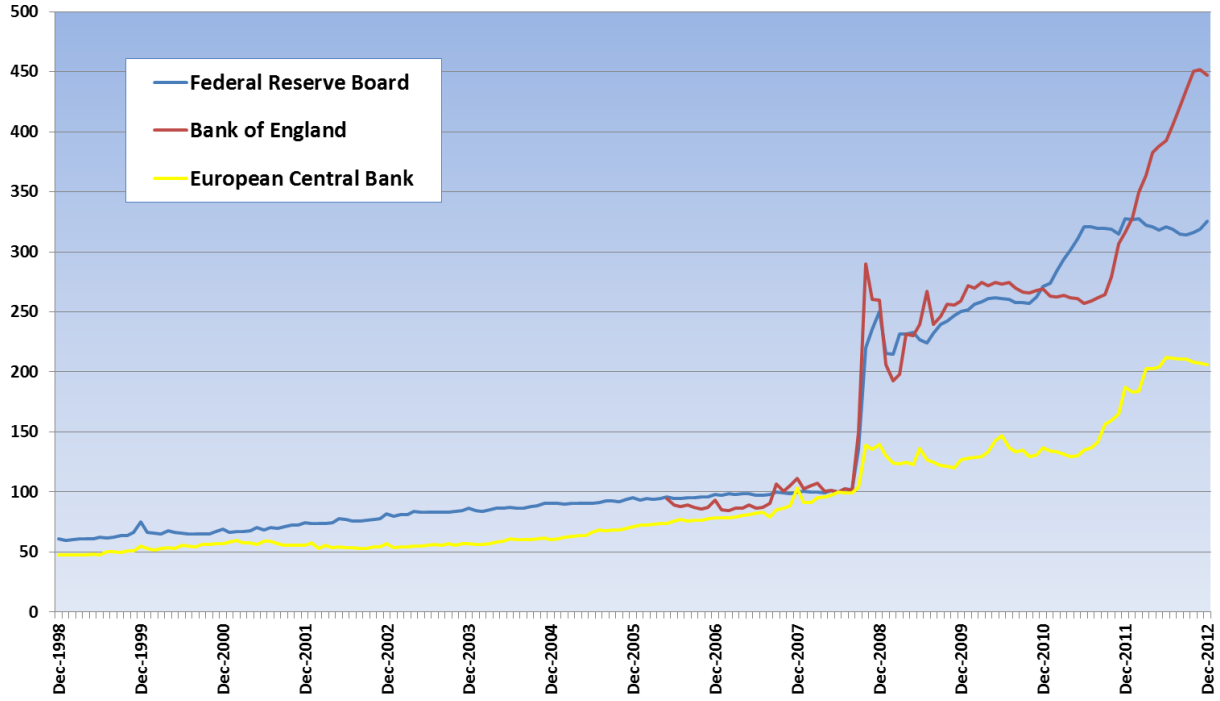
Die Europäische Zentralbank (EZB) unter dem damaligen Präsidenten Jean Claude Trichet hat diesen Schritt 2008 – mit Verweis auf ihre Statuten, die selbiges verbieten – verweigert. Dies war ein Grund dafür, dass das Vertrauen in die Staatsfinanzen der EU-Peripherie erschüttert wurde, und hat so die Eurokrise der letzten Jahre erst ermöglicht. Die EZB änderte im September 2012 unter dem neuen Präsidenten – und ehemaligen Goldman-Sachs-Mann – Mario Draghi ihre Politik radikal, stellte einen De-Facto-Blankoscheck für alle Euro-Länder aus und erklärte, dass auch die EZB in Zukunft für alle Euroländer hafte.

Das Spannende dabei ist, dass die EZB seitdem keinen einzigen Cent in die Hand nehmen musste, um ihr Versprechen tatsächlich einzulösen. Alleine die Ankündigung, im Zweifelsfall zu haften, hat Milliarden an renditesuchendem Finanzvermögen in Bewegung gesetzt, die zusätzliche Nachfrage nach Staatsanleihen der Euroländer hat die Kurse angetrieben und die Zinsen auf Staatsanleihen

[22] Wie bereits erwähnt, veröffentlichen die USA die Derivatverbindlichkeiten ihrer Banken nicht. Die Derivatverbindlichkeiten der Eurozone werden veröffentlicht, betragen aber in Summe nicht einmal 20 % des BIPs der Eurozone. Im Gegensatz zu Großbritannien, wo sie zurzeit bei knapp 600 % des BIP liegen. Der hohe Wert ist auf die große Relevanz der Finanzmärkte (Londoner City) für die englische Wirtschaft zurückzuführen. Da die Finanzmärkte allerdings auch in den USA eine relativ große Rolle spielen, ist davon auszugehen, dass die Derivatverbindlichkeiten ebenfalls relativ hoch sind, was die Gesamtverschuldung der USA stark nach oben – und weit über europäische Verhältnisse – treiben dürfte. Englische Relationen von 1.150 % des BIP, wie in Abbildung 8 gezeigt, sind aber trotzdem eher nicht zu erwarten.

reduziert. Die Finanzmärkte haben sich wie von selbst beruhigt. Die EZB hat seit September 2012 ihre Bilanzsumme sogar leicht reduziert, wie Abbildung 10 zeigt.

Abbildung 10: Entwicklung der Bilanzen der großen Zentralbanken 1998 - 2012, Juni 2008 = 100



Quelle: Haver Analytics 2013, eigene Berechnung, eigene Darstellung

Dass das Versprechen, im Zweifelfall offene Verbindlichkeiten durch frisch gedrucktes Geld zu zahlen, keine dauerhafte Lösung des Problems sein kann, liegt auf der Hand. Die Politik hat sich damit erfolgreich Zeit gekauft, nicht mehr und nicht weniger. Wie viel Zeit, lässt sich im Moment noch nicht abschätzen.

> Erhöhung des Nennwertes der Münzen ist das gewöhnlichste Mittel gewesen, einen wirklichen Staatsbankrott durch eine Scheinzahlung zu verbergen. […] Die Ehre eines Staates wird gewiß dadurch sehr wenig gewahrt, wenn er, um der Schande eines wirklichen Bankrottes zu entgehen, zu solchen Gauklerstücken seine Zuflucht nimmt, die so leicht zu durchschauen und zugleich so höchst verderblich sind. (Adam Smith, 1776, S. 972f.)

Positiv für die Eurozone ist die Tatsache, dass die Angelsachsen uns auf dem Weg des Quantitative Easings[23] (QE) vier Jahre voraus sind und daher wohl auch früher sein Ende erreichen werden. Laut Medienberichten kauft die Englische Zentralbank seit 2011 80–90 % der zusätzlichen Staatsverschuldung durch frisch gedruckte Pfund auf, was durch Abbildung 10 zumindest nicht widerlegt wird. Die Federal Reserve der USA (Fed) kauft pro Monat im Rahmen ihres Programmes QE3 für 85 Mrd. frischer Dollar amerikanische Staatsanleihen und notleidende Immobilienanleihen (Der Standard, 17.6.2013).

[23] Neusprech für ‚unlimitiertes Gelddrucken'.

Japan kündigte erst kürzlich an, 2013 seine Geldmenge durch Anleihekäufe des japanischen Staates nochmals verdoppeln zu wollen. Die Menge an zusätzlich in Umlauf zu bringendem Yen entspricht wohl nur zufällig der geplanten Neuverschuldung des japanischen Staates für 2013 (Der Standard, 4.4.2013).

Besonders spannend ist die Situation Großbritanniens. Die Bank of England (BOE) hat ihre Bilanzsumme seit August 2011 noch einmal fast verdoppelt. Selbige liegt nun bereits bei 450 % der Bilanzsumme vor Beginn der Krise (Abbildung 10). Diese Bilanzverlängerung reichte allerdings nicht aus, um die britische Wirtschaft vor der Rezession zu bewahren. Die britische Wirtschaft schrumpft trotz des enormen zentralbankfinanzierten Budgetdefizits der Regierung.

Wir gehen an dieser Stelle so weit und erklären, dass die aktuelle Politik des „Gelddruckens ohne Ende“ der Hauptgrund ist, weshalb unsere Wirtschaft im Moment noch so wirkt, als würde sie funktionieren. Die auf diese Weise generierte Liquidität erzeugt reinen Scheinwohlstand. Sie fließt über die Privatbanken auf die Finanzmärkte und startet dort eine, vom Wachstum der Realwirtschaft vollständig losgelöste, Kursrallye. Dies ist zwar dem Großteil der dort tätigen AkteurInnen bewusst, wie sich aus zahlreichen Interviews ablesen lässt (Der Standard vom 8.7.2013; Wall Street Journal 15.5.2013, Der Standard vom 19.6.2013), allerdings bleibt ihnen aufgrund des Zwanges zur Profitmaximierung nichts anderes übrig, als die Blase zu reiten, solange sie wächst. Selbstverständlich sind die SpekulantInnen aber auch jederzeit zur Flucht bereit, sollten die Blasen wieder zu platzen beginnen.

2.3 Das Too-big-to-fail-Problem

Ein anderes Problem, welches schon lange bekannt ist, es aber erst infolge der Finanzkrise zur weltweiten Aufmerksamkeit gebracht hat, ist das Moral-Hazard-Problem, dass die Banken infolge ihrer Too-big-to-fail-Macht aufweisen.

Zahlreiche Bankinstitute weltweit gelten als too-big-to-fail. Das bedeutet, dass sie es zu einer solchen Größe gebracht haben, dass ein Bankrott des Instituts einen Kollaps der internationalen Finanzmärkte zur Folge haben dürfte, vergleichbar mit einem Kartenhaus, aus welchem man an einer bestimmten Stelle zu viele Karten auf einmal entfernt.

Diese Institute sowie alle Gläubiger dieser Institute können daher davon ausgehen, dass sie im Konkursfall von den Staaten mit Steuergeldern gerettet werden, was im Herbst 2008 auch zur Genüge bewiesen wurde. Einerseits profitieren diese Banken von dieser Situation durch geringere Zinskosten, da sie über eine Art kostenlose staatliche Ausfallversicherung verfügen, was ihnen im Wettbewerb nicht unerhebliche Vorteile verschafft. Auf der anderen Seite ergeben sich so Anreize für die betroffenen Banken höhere Spekulationsrisiken einzugehen, da sie im Endeffekt das wirtschaftliche Risiko nicht selbst tragen müssen. Das Risiko trägt der/die SteuerzahlerIn. Diesen für die Allgemeinheit negativen Anreizeffekt nennt man „Moral Hazard“.

Das Moral-Hazard-Problem führt zu der unglücklichen Situation, dass die enormen Profite, die während des Blasenwachstums aufgrund der stärkeren Risikoposition eingefahren werden können, privat – und aufgrund der gesellschaftlichen Macht der AkteurInnen für gewöhnlich steuerlich stark bevorzugt, wenn nicht überhaupt gleich steuerfrei – vereinnahmt werden. Sämtliche Verluste, die sich durch einen Blasenzusammenbruch einerseits und durch zu riskantes Spekulieren andererseits ergeben, sind hingegen zwangsläufig von der Allgemeinheit zu tragen.

Obwohl dieses Problem bereits jahrelang virulent ist, war die Politik nicht willens – oder realpolitisch aufgrund mangelnder Macht nicht in der Lage – es zu lösen. Dazu war die vereinigte Lobbykraft der Finanzmärkte zu stark und finanziell zu gut ausgestattet. Hinzukam die Rolle der offiziellen neoklassischen Volkswirtschaftslehre, welche – wie in Kapitel 1.1 aufgezeigt – erklärt, dass aufgrund der Existenz der Selbstregulierungskraft des Marktes keinerlei Regulierung der Finanzmärkte nötig sei. Außerdem wurde allen Beteiligten versichert, dass die hochkomplexen finanzmathematischen Risikoeinschätzungsmethoden der internationalen FinanzakteurInnen so hervorragend funktionieren würden, dass es nie zu einem Zusammenbruch (des Kartenhauses) kommen könne.

Auch jetzt, fünf Jahre nach Ausbruch der Krise, schafft es die Politik nicht, sich gegen den Ansturm der Finanzmarktlobby – die sowohl personell als auch finanziell ungleich besser aufgestellt ist, als es die Politik jemals war – zu wehren, um dieses Problem tatsächlich zu lösen. Die geplanten Regulierungsschritte sind minimal, und selbst diese sind kaum durchsetzbar. Auch die groß gefeierten neuen Eigenkapitalvorschriften nach Basel III sind nicht in der Lage einen zukünftigen Finanzkollaps zu verhindern. Sollten die neuen Eigenkapitalvorschriften nach den jahrelangen Übergangszeiten wirklich kommen, haben die Banken noch immer weniger Eigenkapital als Lehman Brothers am Abend vor der Pleite (Hermann, 2012).

Immerhin gibt die Politik mittlerweile offiziell zu, dass sie nicht in der Lage ist, sich gegen die überwältigende Macht der Finanzmarktlobby durchzusetzen. In einem fraktionsübergreifenden Aufruf hat sich das EU-Parlament an die Zivilgesellschaft gewandt und um Hilfe gegen die Übermacht der Finanzmarktlobby gebeten. Reaktion: Null (Financial Times Deutschland, 21.6.2010).

> Zur Macht der Banken trägt bei, dass die US-amerikanische Finanzaufsicht ihrerseits fast machtlos ist. So wurde in den Medien berichtet, dass Gary Gensler, Chef der Kontrollbehörde für den Handel mit Rohstoffderivaten (CFTC), eine Reise nach Brüssel selbst bezahlen musste, um mit seinen europäischen Kollegen über den weltweiten Derivatehandel zu beraten. Seine Behörde hatte kein Geld mehr für einen Flug nach Europa. (Herrmann, 2012)

2.4 Realwirtschaftliche Auswirkungen der Krise: Rezession, Nachfragerückgang und Arbeitslosigkeit

Auch die Realwirtschaft stürzte 2008 in eine Krise. Der Einbruch der Nachfrage infolge der Finanzkrise hatte mehrere Gründe:

- Durch den Zusammenbruch der Vermögensblasen wurde sehr viel (Schein-)Vermögen vernichtet. Dadurch reduzierte sich die Investitionsfähigkeit der am Finanzmarkt notierten und tätigen Unternehmen.
- Der in Kapitel 1.5.1 beschriebene Geldschöpfungsprozess im Privatbankensystem kam vorübergehend zum Erliegen, da infolge des Vertrauensverlusts unter den Banken der Interbankenmarkt zusammengebrochen war, und hat sich seitdem noch immer nicht vollständig erholt. Dies wiederum verschärfte die Liquiditätsprobleme im Finanzsektor und führte zu einer Kreditklemme, die sich lähmend auf einen Großteil der Wirtschaft auswirkt, da sie das Schuldenwachstum bremst.
- Allgemein ging aufgrund der steigenden Unsicherheit die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes – nicht nur am Interbankenmarkt – zurück, während zeitgleich die Liquiditätspräferenz zunahm, was das Liquiditätsproblem weiter verschärfte (Keen, 2011, S. 227ff.).
- Die mit der einbrechenden Konjunktur abflauenden Gewinnaussichten reduzierten auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen, welche noch genügend Kapital zur Verfügung hatten.
- Sämtliche dieser Probleme wurden durch die ihnen eigenen Multiplikatoreffekte verstärkt.

Die von der Politik als Reaktion auf die Krise geschnürten Konjunkturpakete halfen zwar, die schlimmsten Auswirkungen der Krise erfolgreich zu meistern, schafften es aber nicht, eine neue Runde des Blasenwachstums und neoliberalen Scheinwohlstands einzuläuten. Dies gelang erst durch die in Kapitel 2.2 beschriebene Geldpolitik. Trotz neuer Blasenrekorde an den Finanzmärkten kommt die Realwirtschaft allerdings nicht wirklich in Gang.

Dies liegt u.a. daran, dass aufgrund des nach wie vor – zu Recht – vorhandenen Misstrauens im Bankensektor eine Kreditklemme vorhanden ist, was das Wachstum neuer Verschuldungsblasen hemmt. Hinzu kommen dieselben neoliberalen Politikmaßnahmen, welche bereits in den 1930er Jahren versagt haben, beispielsweise der Fiskalpakt inklusive Schuldenbremse in der EU sowie die

sogenannten „Hilfsmaßnahmen“[24] für die Peripherieländer der EU (siehe Kapitel 3.2 und 3.3). Wie von Klein (2007) skizziert, nutzt unsere – von den neoliberalen Verhältnissen profitierende – Elite die Gunst der Stunde dafür, die betroffenen Gesellschaften einer radikalen neoliberalen Schocktherapie zu unterziehen.

Die Auswirkungen des Nachfragerückgangs machen sich natürlich auch auf den Arbeitsmärkten bemerkbar. Noch nie zuvor waren so viele Menschen in der EU ohne Beschäftigung. Sogar die offizielle Arbeitslosenquote liegt in Griechenland oder Spanien bereits über 27 % und ist damit nicht mehr allzu weit von den 30 % der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre entfernt.

Umso schockierender ist diese Tatsache, bedenkt man, dass die offiziell verlautbarten Arbeitslosenquoten durch mehrmalige Definitionsänderungen beschönigt wurden (Keen, 2011, S.344f.). Die offizielle Arbeitslosenquote der USA (U3) ignoriert beispielsweise sämtliche Arbeitssuchende, die aufgrund schlechter Arbeitsmarktchancen die aktive Stellensuche aufgegeben haben, und liegt zurzeit bei 7,6 % (U.S. Departement of Labor). Die Arbeitslosenquote U6, welche die kurzzeitig entmutigten Arbeitslosen inkludiert, liegt bei 14,3 % (ibid.).

Personen, die schon länger als ein Jahr keine aktive Stellensuche betreiben, werden in den USA seit dem Jahr 1994 nicht mehr erfasst (Keen, 2011, S.344f.). Da die Krise bereits mehrere Jahre dauert, rutschen immer mehr desillusionierte Arbeitslose der USA in diese Kategorie und fallen somit aus der offiziellen Arbeitslosenquote heraus, was selbige – sehr zur Freude der Politik – beständig reduziert. Die Organisation Shadowstats (http://www.shadowstats.com) berechnet auch diese Arbeitslosenquote: Sie steigt seit Herbst 2009 ununterbrochen und liegt mittlerweile bei 23 %. In einem Land mit einem derart schlecht ausgebauten Sozialstaat wie in den USA ist das eine soziale Katastrophe (Shadowstats, 2013).

Die Alterskohorte, welche besonders unter dem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage leidet, ist die der Jugendlichen, da diese kaum Zugang zur Arbeitswelt findet. Im Durchschnitt liegt die offizielle Arbeitslosenquote bei Jugendlichen in der EU bereits bei 23,9 %. In Italien sind es knapp 40 %, in Griechenland und Spanien knapp 60 % (Eurostat, 2013). Da die Beschäftigungsquote bei jugendlichen Spaniern aber nur bei 40 % liegt, bedeutet eine Arbeitslosenquote von 60 %, dass von 100 Jugendlichen 60 gar keinen Job suchen[25], 24 eine Stelle suchen, aber keine bekommen, und nur 16 überhaupt eine Arbeit haben.

[24] Es erübrigt sich fast zu erwähnen, dass es sich beim Begriff „Hilfsmaßnahmen“ um ein weiteres Beispiel für Neusprech handelt. Wir vergeben (relativ zinsgünstige) Kredite, erwarten uns dafür aber die Umsetzung radikal neoliberaler Reformen.

[25] Z.B., da sie gerade in Ausbildung sind.

Die hohen Jugendarbeitslosigkeitsquoten stellen ein enormes Problem für die Erwartungshaltung der Bevölkerung dar. Der infolgedessen entstehende Zukunftspessimismus erhöht die Sparquote der Elterngeneration und reduziert so wiederum das Wirtschaftswachstum (Marterbauer, 2011).

Zusätzlich ergibt sich aus der Exklusion so vieler junger Menschen aus dem Wirtschaftsgefüge eine Vielzahl an massiven Problemen. Die regelmäßigen Krawalle in den französischen Banlieues – trostlose Plattenbauvorstädte, bewohnt in erster Linie von chancenlosen und ausgegrenzten Menschen mit Migrationshintergrund – zeichnen ein trauriges Bild davon, was geschieht, wenn einer ganzen Generation Jugendlicher jegliche Chance auf einen Arbeitsplatz und ein regelmäßiges Einkommen genommen wird. Auch Großbritannien musste bei den Jugendkrawallen im Sommer 2011 feststellen, dass man Millionen schlecht ausgebildeter Jugendlicher nicht ohne Folgen und gesellschaftliche Komplikationen aus dem kapitalistischen Marktgefüge werfen kann.

3. Die Staatsschuldenkrise und ihre Gründe

> Wenn Nationalschulden einmal bis auf einen gewissen Grad gehäuft worden sind, so ist, glaube ich, kaum ein einziges Beispiel vorhanden, daß sie ehrlich und völlig bezahlt worden wären. (Adam Smith, 1776, S. 972)

Seit Beginn der neoliberalen Reaktion Anfang der 1980er Jahre hat sich nicht nur die Primäreinkommensverteilung (also die Verteilung der Markteinkommen) massiv zuungunsten der Masse – und zugunsten der Spitze – verändert, sondern auch die Steuersituation. In absoluten Zahlen zahlt ein Mitglied des reichsten Prozents der Bevölkerung in den Industrieländern in den meisten Fällen natürlich nach wie vor mehr Steuern als ein Mitglied des Mittelstandes, in relativen Zahlen allerdings nicht.

Unzählige Steuerreformen zugunsten der Einkommensspitze und unzählige Sparpakete und Reformen zulasten der Masse haben die Umverteilungswirkung der Staaten massiv in Mitleidenschaft gezogen. Regressive Steuern wie die Mehrwertsteuer[26] oder Gebühren für staatliche Leistungen wurden angehoben, während Spitzensteuersätze, Kapitalertragssteuern, Vermögenssteuern, Erbschaftsteuern etc. und damit jene Steuern, die vor allem die reichen Bevölkerungsteile treffen, reduziert, wenn nicht gleich ganz abgeschafft wurden.

3.1 Kapitalmobilität: Wachstumsstimulation oder Steuerhinterziehung?

Im Washington Consensus, dem neoliberalen Leitfaden für optimale Wirtschaftspolitik, spielt die Deregulierung des Kapitalverkehrs eine wichtige Rolle (Stiglitz, 2002). Die Idee dahinter ist, dass frei fließendes Kapital sich immer automatisch die Veranlagungsmöglichkeit mit der besten Profitchance sucht, was das Weltwirtschaftswachstum fördern soll.

Freier Kapitalverkehr hat außerdem zwei weitere wichtige Auswirkungen, von denen eine von den herrschenden AkteurInnen vermutlich unterschätzt, die andere höchstwahrscheinlich intendiert war:

1. Der freie Kapitalverkehr beschleunigt Boom- sowie Bust-Phasen durch die unglaubliche Geschwindigkeit, mit der spekulatives Kapital in Länder hinein-, aber auch aus diesen wieder hinausfließen kann. Kleinste Trendwenden am Markt können so ein Herdenverhalten auslösen, welches ganze Regionen in die Knie zwingen kann, wie die sogenannten Tigerstaaten in der Asienkrise in der zweiten Hälfte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts zu ihrem Leidwesen feststellen mussten (ibid.).

[26] Wie bereits erwähnt, nimmt die Sparquote, also der Anteil des Einkommens, der gespart wird, mit der Höhe des Einkommens zu. Vice versa nimmt die Konsumquote, also der Anteil des Einkommens, der konsumiert wird, mit zunehmendem Einkommen ab. Da die Mehrwertsteuer aber nur auf den konsumierten Teil des Einkommens fällig ist und ärmere Haushalte einen größeren Teil ihres Einkommens verkonsumieren, ist die Mehrwertsteuer eine regressive Steuer. D.h., untere Schichten zahlen relativ mehr Mehrwertsteuer als reichere Schichten.

2. Freier Kapitalverkehr forciert den internationalen Steuerstandortwettbewerb und verschiebt die Steuerlast zugunsten des Faktors Kapital (und zuungunsten des Faktors Arbeit), da sich die Staaten gezwungen sehen, die Steuerlast auf den weniger mobilen Faktor Arbeit umzuschichten, da dieser vom Steuerstandortwettbewerb nicht gleichermaßen profitiert. Zahlreiche konservative Volksparteien in Europa erklärten sich in dieser Dynamik zu den Gejagten im Steuerstandortwettbewerb und nutzten die Gunst der Stunde, um die effektive Steuerlast der herrschenden Schicht massiv zu reduzieren (Hartmann, 2007).

3.2 Die EURO-Krise: Lohndumping im Namen der Wettbewerbsfähigkeit

Wie in Kapitel 2.2 bereits ausgeführt, war einer der Gründe, weshalb die Staatsschuldenkrise in der Eurozone so viel stärker zugeschlagen hat als im angelsächsischen Raum die unterschiedliche Rolle der jeweiligen Notenbanken. Ein weiterer Grund liegt in den Außenhandelsungleichgewichten innerhalb der Eurozone. Diese Ungleichgewichte sind eine direkte Folge der Forcierung des goldenen Kalbs neoliberaler (und konservativer) Politik: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Idee dahinter ist, dass Länder, vergleichbar mit Unternehmen, in gegenseitigem Wettbewerb zueinander stehen und versuchen müssen, auf Kosten der anderen Außenhandelsbilanzvorteile zu erzielen, um so Geld aus dem Ausland zu erwirtschaften und eigene Arbeitsplätze zu sichern. Man versucht also, produktiver zu werden als das Ausland, um dort Märkte zu erobern, d.h. Exportüberschüsse zu erzielen. Was von den neoliberalen Vordenkern dabei gerne verschwiegen wird, ist, dass unterlegene Unternehmen am freien Markt aufgelöst werden und verschwinden, unterlegenen Staaten droht jedoch ein anderes Schicksal: Die Schuldknechtschaft. Nicht nur Griechenland ist aktuell von diesem Schicksal betroffen, sondern auch unzählige Entwicklungsländer (Beck et. al., 2002).

Wie werden die angesprochenen Wettbewerbsvorteile erzielt? Durch technologischen Vorsprung einerseits, durch Kostenreduktion andererseits, sprich: durch geringere Unternehmenssteuern und geringere Lohnkosten. Da technologischer Fortschritt nur vorübergehend Kostenvorteile verschafft, da das Ausland den technologischen Rückstand bald aufholen wird, bleibt zur Erlangung längerfristiger Wettbewerbsvorteile nur die Möglichkeit der Kostenreduktion. Dies entspricht der neoliberalen Zielsetzung „Steigerung der Profite auf Kosten der Einkommen der Masse“. Gelingt diese Politik, werden die eigenen Produkte im Ausland billiger. Man verkauft davon also mehr, d.h., die Exporte steigen, während gleichzeitig die Importe sinken, da sich die eigene Bevölkerung aufgrund des gesunkenen Einkommens weniger (ausländische) Produkte leisten kann. Das so vorgehende Land erzielt einen Außenhandelsüberschuss.

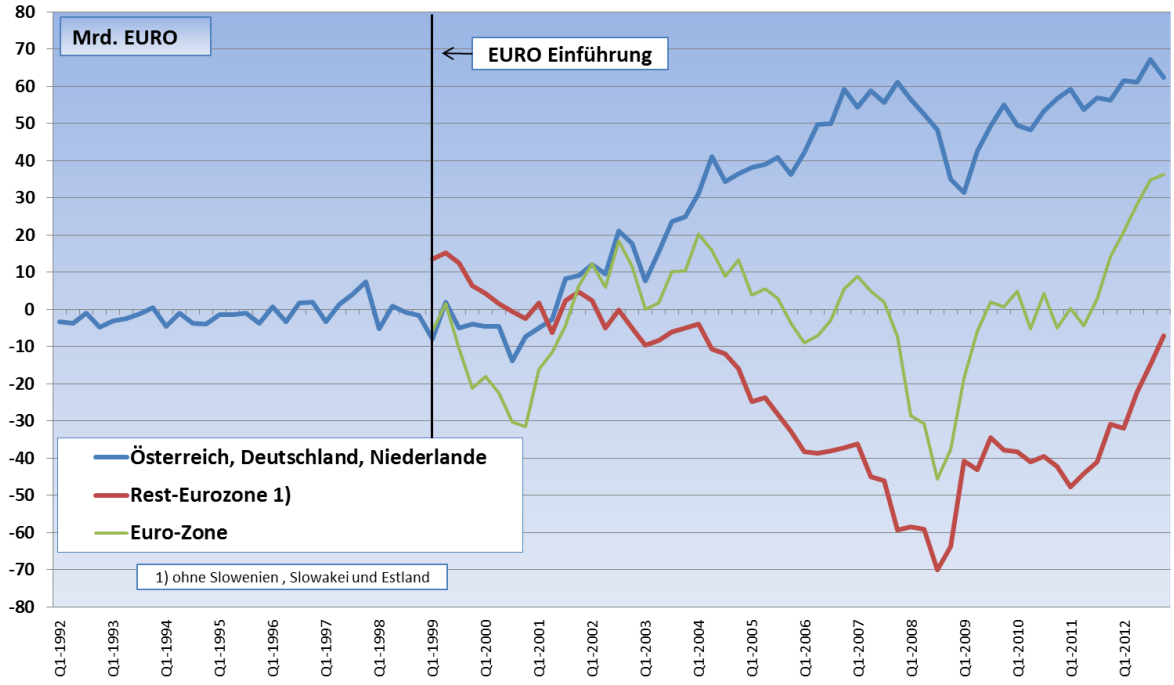
Ein Außenhandelsüberschuss verschiebt Teile der Kaufkraft – also der Nachfrage – des Auslands ins Inland, inklusive der damit verbundenen Multiplikatoreffekte. Er lindert so die – infolge der neoliberalen Umverteilung nach oben entstehenden – Probleme der effektiven Nachfrage im Inland, verschärft diese Probleme allerdings im selben Ausmaß im Ausland. Temporär sind Außenhandelsüberschüsse kein Problem, sei es im Zuge wirtschaftlicher Aufholprozesse oder um die Schumpeterische Kraft der kreativen Destruktion vorübergehend anzutreiben. Es ist aber selbstverständlich unmöglich, permanent Außenhandelsüberschüsse zu erzielen, da so im Endeffekt

die Märkte im Ausland zerstört werden. Derartige wirtschaftspolitische Zielvorstellungen stammen aus der Zeit des Merkantilismus und sind nicht geeignet unsere aktuellen Probleme zu lösen.

In der Eurozone waren Österreich, Holland und vor allem Deutschland besonders erfolgreiche Proponenten dieser Politik. [27] In Prä-Euro-Zeiten konnten sich andere Länder gegen diese Politik mit einer Abwertung der eigenen Währung schützen. Die Mitgliedschaft in der Eurozone setzte dieser Möglichkeit allerdings ein Ende. Dafür kamen die Peripherieländer der Eurozone plötzlich in den Genuss günstiger Verschuldung. Da die Gefahr einer Abwertung der Währungen gebannt war, floss viel spekulatives Kapital in die Euro-Peripherie und sorgte dort für den bereits erwähnten neoliberalen Scheinwohlstand.

Abbildung 11 zeigt die Auswirkungen dieser Politik auf die Außenhandelsbilanzen innerhalb der Eurozone. Vor dem Beitritt in die Eurozone erwirtschafteten die Zentrumsländer Deutschland, Holland und Österreich (blaue Linie) keine nennenswerten Außenhandelsbilanzüberschüsse. Erst mit dem Wegfall der Abwertungsmöglichkeit der Peripherie erwirtschafteten sie – auf Kosten der Peripherie (rote Linie) – einen immer größeren Außenhandelsbilanzüberschuss. Die grüne Linie zeigt, dass die Eurozone in Summe während dieser Zeit kaum Außenhandelsbilanzüberschüsse erwirtschaftete. Erst neuerdings, mit dem massiven Rückgang der Nachfrage in den Peripheriestaaten, wodurch zwangsläufig auch deren Importe reduziert werden, erwirtschaftet die Eurozone Überschüsse mit Ländern außerhalb der Eurozone.

Abbildung 11: Außenhandelsbilanzungleichgewichte in der Eurozone in Mrd. Euro



Quelle: Haver Analytics 2013, eigene Berechnung, eigene Darstellung

[27] U.a. auch aufgrund der Kooperationswilligkeit der Gewerkschaften in diesen Ländern, welche diese Politik durch ihre „Lohnzurückhaltung“ – schon wieder Neusprech – erst ermöglichten.

Über die Jahre hinweg haben sich die Kostenvorteile der Unternehmen aufsummiert, und so gelang es den Zentrumsländern, einen beständig wachsenden Außenhandelsüberschuss gegenüber den anderen Staaten der Eurozone zu erzielen. Insbesondere wurden diese Vorteile gegenüber den südlichen Ländern erzielt, in denen die ArbeitnehmerInnen[28] noch die Macht hatten, sich gegen die geforderten Reallohnsenkungen zur Wehr zu setzen.

Die UnternehmerInnen des Zentrums waren nicht in der Lage ihre zusätzlichen Profite in die Realwirtschaft zu Hause zu investieren. Dafür war die Nachfrage zu Hause in Folge der Reallohnsenkungen zu gering geworden. Sie übergaben ihre Überschüsse daher den Banken, und diese „investierten" sie auf den Finanzmärkten, unter anderem in Anleihen der Peripherieländer. Vereinfacht ausgedrückt borgten die reichen Deutschen und Österreicher den Griechen das Geld, mit dem diese bei uns eingekauft hatten. Die offizielle Lehrmeinung der Wirtschaftswissenschaft sah darin aber kein wirkliches Problem, da der unregulierte freie Markt ja per definitionem zu einem effizienten Gleichgewicht, also zu einer perfekten Menge an Verschuldung der Peripherie, tendieren sollte.

Als im Herbst 2008 infolge der Finanzkrise mehrere dieser Ungleichgewichte aufgedeckt wurden, reagierte die Politik sowie sie immer reagiert: Sie versuchte, die unfinanzierbare Schuldenblase der Peripherie zu retten, mit dem Argument, sie rette den Euro. Gerettet hat sie dabei aber natürlich in erster Linie die eigenen Banken und Pensionsfonds, also bei der aktuellen Vermögensverteilung in erster Linie das Vermögen der Reichen, die ihr Geld den Peripherieländern geborgt hatten.[29] Diese konnten ihre Anleihen trotz des drohenden Bankrotts der Peripherie mit leichten Abschlägen verkaufen: an die Steuerzahler der Zentrumsländer.

Die Peripherie der Eurozone hat sich also, salopp formuliert, bei der Konzeption der Eurozone über den Tisch ziehen lassen. Gleiches gilt für die Konzeption der sogenannten „Hilfspakete", bei der sie allerdings gar nicht mehr die Macht hatte, sich zur Wehr zu setzen.

3.2.1 Schuldentilgung durch Exportüberschüsse von allen?

Die EU und der IWF verlangen von der Peripherie im Gegenzug für die Finanzierungshilfe ihrer Verschuldung die rasche Umsetzung radikaler neoliberaler Reformen. Die Reallohnsenkungen, welche im Norden über einen Zeitraum von zehn Jahren durchgeführt wurden, müssen innerhalb von nur wenigen Monaten nachvollzogen werden.[30] Staatliche Sozialsysteme müssen eingeschränkt, Bildung und Krankenversorgung der Masse auf ein Minimum zurückgestutzt und sämtliche, noch im Staatsbesitz verbliebenen Unternehmen privatisiert werden. Dies alles erfolgt, um die

[28] ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen sind weitere Beispiele für Orwell'sches Neusprech. Diese Ausdrücke suggerieren, dass ArbeiterInnen die Arbeit nehmen bzw. verbrauchen würden, was sie nicht tun: Sie geben ihre Arbeitsleistung. Im Gegensatz vergibt der sog. „Arbeitgeber" Arbeitsplätze nur dann, wenn er sich davon Profit verspricht. Genau so leicht nimmt er sie auch wieder, wenn er sich von den Einsparungen Profit verspricht.

[29] Mindestens 35 Mrd. Euro wurden auf diese Weise von den europäischen Staaten zu viel ausgegeben (Der Standard, 17.7.2013A).

[30] Das Einkommen des/der durchschnittlichen Griechen/In sank seit Beginn der europäischen „Hilfe" um unglaubliche 45 % (Der Standard vom 3.3.2013). Natürlich bricht durch diese Maßnahmen die Kaufkraft der Bevölkerung komplett zusammen, was die Krise in diesen Ländern massiv verschlimmert. Im neoliberalen Neusprech spricht man von „Gesundschrumpfen".

„Wettbewerbsfähigkeit“ des Südens wieder herzustellen. Auch der Süden soll so in die Lage versetzt werden Außenhandelsbilanzüberschüsse zu erzielen, um so seine Schulden – selbstverständlich inklusive Zins- und Zinseszins – zurückzuzahlen.

Wenn der Internationale Währungsfonds (IWF) irgendwo auf der Welt einem Land „hilft“, dann fährt er genau dasselbe Programm: Sparen, privatisieren, Löhne senken. Jedes Land der Erde soll seine Wettbewerbsfähigkeit mittels Lohnsenkungen steigern, um infolgedessen Exportüberschüsse zu erzielen.

Hier irrt der IWF, da er diese Problemlagen nur regional betrachtet. In Summe gleichen sich weltweit Exporte und Importe aus, der weltweite Bilanzsaldo ist per definitionem null. Exportüberschüssen von Land A müssen Importüberschüsse von Land B gegenüberstehen. Lohnsenkungen können zwar vorübergehend die Situation einzelner Länder stärken, die geschieht allerdings auf Kosten der Nachbarn sowie der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Weltwirtschaft in den Folgeperioden aufgrund des mit der Lohnzurückhaltung verbundenen Nachfragerückgangs (Beck et. al., 2002).

3.2.2 Lohnsteigerungen zur Eurorettung

Eine komplett andere und viel menschenwürdigere Lösung des Problems der Außenhandelsungleichgewichte in der Eurozone wird von Heiner Flassbeck (2012), dem ehemaligen deutschen Finanzstaatssekretär und Chefvolkswirt der UNCTAD, vorgeschlagen. Seine Argumentationskette ist dabei so einfach wie bestechend.

Die Außenhandelsungleichgewichte in der Eurozone entstanden aufgrund der Tatsache, dass die Reallöhne in den Zentrumsländern nicht angestiegen sind, in der Peripherie jedoch schon. Dieses Ungleichgewicht gilt es zu beseitigen. Wieso allerdings muss dies unbedingt über Lohnsenkungen in der Peripherie geschehen? Wieso muss die Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit nur auf Kosten der ArbeitnehmerInnen vollzogen werden?

Gerade in der aktuellen Krise verstärkt diese Politik das Problem der fehlenden effektiven Nachfrage in den Peripheriestaaten massiv, reduziert damit deren Wirtschaftsleistung und verschlimmert so die Schuldenkrise dieser Länder (wie in Kapitel 3.3 noch näher ausgeführt wird).

Flassbeck favorisiert daher kräftige Reallohnsteigerungen in Deutschland, Österreich und Holland (die es in Österreich zumindest in den letzten 15 Jahren nie gab, wie Abbildung 4 zeigt). Diese würden die Lohnstückkostenentwicklung innerhalb der EU in Balance bringen, der schwächelnden Nachfrage im Zentrum auf die Beine helfen[31], die EU-Peripherie bei der Lösung ihrer Probleme unterstützen und so den Euro retten.

[31] Und damit eventuell u.a. auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen in die Realwirtschaft antreiben, da diese aufgrund der steigenden Nachfrage im Zentrum wieder mehr Produkte verkaufen könnten, was wiederum das Wirtschaftswachstum erhöhen, Jobs schaffen und zu Folgeinvestitionen führen könnte. Gerade in der aktuellen Krise wäre das sehr hilfreich.

3.3 Auswirkungen der Sparpolitik

Neben den verordneten Reallohnsenkungen wird von den betroffenen Ländern der Peripherie gleichzeitig verlangt, dass sie ein rigoroses Sparprogramm umsetzen, um „das Vertrauen der Finanzmärkte wiederzugewinnen." Der einfache Gedanke, der hinter dieser Idee steckt, lautet: Wer zu viele Schulden hat, muss sparen, um mit dem so Ersparten seine Schulden zurückzahlen zu können. Fiskaldisziplin spielt im neoliberalen Gedankengut eine wichtige Rolle und steht an oberster Stelle im Washington Consensus.

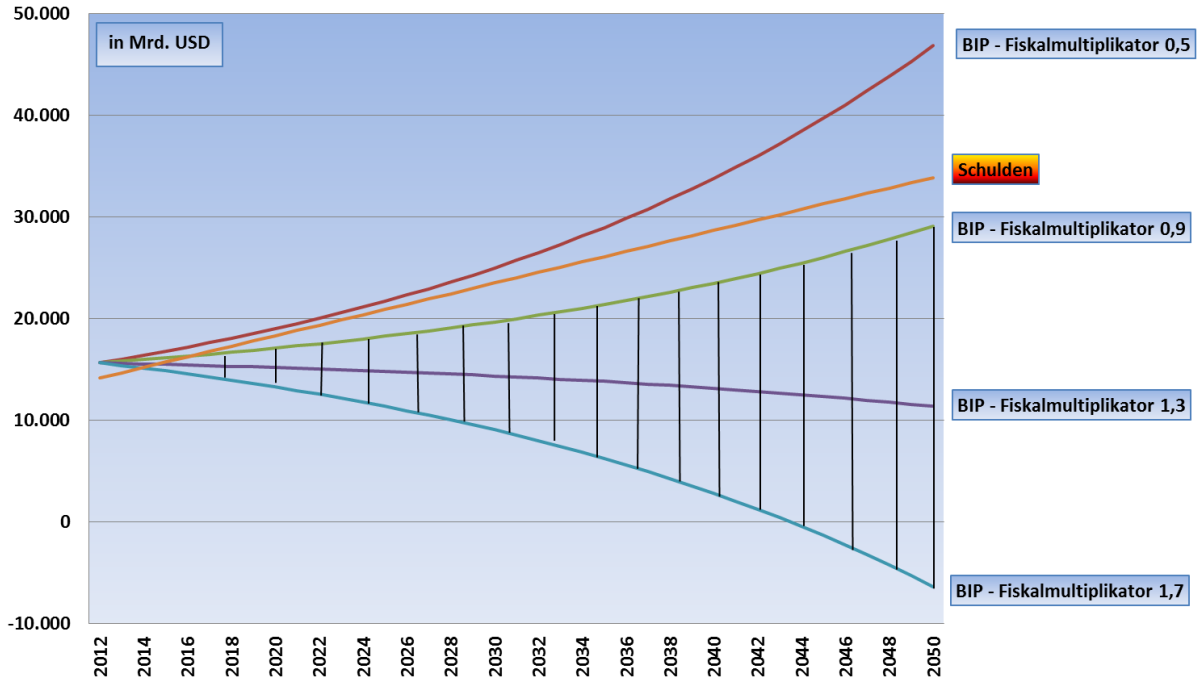
Die (neoklassischen) ÖkonomInnen von IWF (und ESM) gingen bis vor kurzem von einem sehr spannenden Konzept aus, der sogenannten „Ricardianischen Äquivalenz". Diese sagt aus, dass die Menschen in einer Ökonomie auf Sparmaßnahmen vonseiten des Staates mit einer Steigerung ihrer Ausgaben reagieren. Die Logik dahinter lautet: Weil der Staat spart, wissen die Leute, dass sie in Zukunft keine Steuererhöhungen befürchten müssen, und geben das so ersparte Geld sofort aus. Deshalb fehlen einer Ökonomie von jedem Euro, den ein Staat spart, in Wirklichkeit nur 50 Cent, weil die restlichen 50 Cent durch zusätzliche Ausgaben der einzelnen Individuen aufgefangen werden. Das ist eine sehr spannende Idee mit interessanten theoretischen Auswirkungen. Das einzige Problem dabei ist, dass sie nichts mit der Realität zu tun hat.

Abbildung 12 zeigt die theoretische Entwicklung der US-Wirtschaft[32], falls der US-Staat mit Januar 2013 beschlossen hätte, sein jährliches Budgetdefizit zu halbieren. Die orange Linie zeigt in diesem Fall die hypothetische Entwicklung der Staatsverschuldung. Die anderen Linien zeigen, wie sich die Wirtschaft – je nach angenommenem Fiskalmultiplikator – infolge dieser Sparmaßnahmen entwickeln würde. Der Fiskalmultiplikator zeigt, wie stark (oder schwach) sich staatliche Ausgaben auf die Wirtschaft auswirken.

Die rote Linie in Abbildung 12 zeigt die Entwicklung des BIPs der USA, falls der Fiskalmultiplikator aufgrund der Existenz der Ricardianischen Äquivalenz tatsächlich den Wert 0,5 einnähme.

[32] Dies ist natürlich eine rein theoretische Projektion zur Veranschaulichung des Gedankenganges und hat keinerlei prognostischen Wert, da sich die Rahmenbedingungen in Wirklichkeit beständig ändern. Wir gehen hier von einer Fortschreibung der durchschnittlichen Wachstumsrate der letzten zehn Jahre und der aktuellen Verschuldungs- und Budgetsituation der USA aus.

Abbildung 12: Auswirkungen der Sparpolitik abhängig vom Fiskalmultiplikator in Mrd. USD



Quelle: Haver Analytics 2013, eigene Berechnung, eigene Darstellung

Der IWF hat mittlerweile erkannt, dass die Sparmaßnahmen in den von ihm reformierten Ökonomien wesentlich herbere Auswirkungen auf das BIP der jeweiligen Länder hatten als zuvor angenommen. Er hat daher unlängst die Auswirkungen der von ihm geforderten Sparpakete auf die Wirtschaft der betroffenen Länder evaluiert und dabei folgende Erkenntnisse gewonnen (Blanchard & Leigh, 2013; IMF, 2012):

1. Der Fiskalmultiplikator betrug im Untersuchungszeitraum von 20 Jahren nie, wie zuvor vom IWF angenommen, 0,5. Blanchard, der neue Chefvolkswirt des Fonds, versuchte in den Archiven des IWF eine Begründung für diesen niedrigen Multiplikator zu finden, allerdings ohne Erfolg. Anscheinend wurde dieser Multiplikator – eventuell aus ideologischen Gründen – frei erfunden (Blanchard & Leigh, 2013).

2. Im besten Fall betrug der Fiskalmultiplikator 0,9. Dies ist dann der Fall, wenn es sich um eine relativ kleine und offene Volkswirtschaft handelt, die sich in einer guten Wachstumsphase befindet und deren Wirtschaft gut ausgelastet ist, die also in der Nähe des Potentialoutputs produziert. Die grüne Linie in Abbildung 12 zeigt, wie sich die US-amerikanische Wirtschaft infolge einer Halbierung des Budgetdefizits entwickeln würde, wenn der Fiskalmultiplikator den Wert 0,9 einnähme und ansonsten alle Parameter unverändert blieben. Ein Fiskalmultiplikator von 0,9 bedeutet, dass für jeden gesparten Euro von Seiten des Staates der Wirtschaft 90 Cent fehlen.

3. Im Durchschnitt der vom IWF untersuchten Länder lag der Fiskalmultiplikator bei 1,3. D.h., für jeden von der öffentlichen Hand gesparten Euro fehlten der Wirtschaft 1,30 €. Da die Verschuldung eines Landes immer in Relation zum BIP gemessen wird, kann ein Land, das einen Fiskalmultiplikator von > 1 aufweist, seine Schulden nie durch Sparmaßnahmen reduzieren, weil die Wirtschaft infolge der Sparanstrengungen immer stärker schrumpft als die Schulden. In Abbildung 12 entspricht dies der violetten Linie.

4. Da der IWF für gewöhnlich nicht von Ländern um Hilfe gebeten wird, die sich gerade in einer wirtschaftlichen Boomphase befinden, sondern von Ländern in einer Krisensituation, kann es sein, dass der Fiskalmultiplikator Werte von bis zu 1,7 einnimmt. Dies ist dann der Fall, wenn sich das Land in einer schweren nachfrageseitigen Krise befindet und die Staatsausgaben viele Folgeausgaben nach sich ziehen. In Abbildung 12 entspricht dies der blauen Linie.

Das Zynische dabei ist: Je mehr ein Land mit einem Fiskalmultiplikator > 1 spart,[33] desto schlechter geht es der Wirtschaft, desto größer wird der Fiskalmultiplikator und desto dramatischer wirken sich weitere Sparbemühungen auf den Zustand der Volkswirtschaft aus. Griechenland ist das beste Beispiel für diese Tatsache. Die Sparbemühungen reduzieren die Schulden in Relation zum BIP nicht. Im Gegenteil, da die Wirtschaft mit ca. 6 % im Jahr schrumpft, wird die Schuldenlast relativ betrachtet sogar immer größer. Da die Schuldenquote weiter zunimmt, bestehen EU und IWF[34] auf umso härteren Sparmaßnahmen, die Griechenland noch stärker in die Krise stürzen.

Vereinfachte Darstellung des Zusammenhanges zwischen staatlichen Sparbemühungen, Wirtschaftswachstum und Schuldenquote:

Während einer Krise kann ein Staat durch Sparmaßnahmen seine Schuldenquote nicht reduzieren. Da in einer Krise der Multiplikator höchstwahrscheinlich größer als 1 ist, reduzieren die Sparmaßnahmen das BIP stärker als die Schulden. Und da Staatsschulden immer in Relation zum BIP gemessen werden, werden diese relativ betrachtet immer größer.

Im schlimmsten Fall kann ein Staat damit seine Nachfrage derartig in die Misere stürzen, dass er jegliche Bemühungen, seine Schuldenlast zu reduzieren, verunmöglicht.

[33] An dieser Stelle ist anzumerken, dass nicht jede Ausgabe eines Staates denselben Multiplikatoreffekt hat. Es kann daher durchaus sein, dass ein Land gewisse Ausgaben, die einen besonders niedrigen Multiplikatoreffekt aufweisen, reduzieren kann, ohne die Wirtschaft in allzu große Mitleidenschaft zu ziehen. Sparmaßnahmen dürfen aber keinesfalls ohne Rücksicht und Differenzierung über sämtliche Posten hinweg durchgeführt werden. Prinzipiell gilt: Je geringer das Einkommen der Nutznießer der staatlichen Ausgaben, desto größer ist der Multiplikatoreffekt, da Personen mit geringem Einkommen eine höhere Konsumquote haben.

[34] Während der IWF, wie bereits erwähnt, diese Radikalposition bereits hinterfragt, hat die europäische Kommission diesen Erkenntnisstand leider noch nicht erreicht.

4. Zusammenfassung und Problemlösung

Zusammenfassend lässt sich Folgendes festhalten: Die Weltwirtschaftskrise der 1930er sowie die Finanzkrise 2008 entsprangen derselben Dynamik der zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, wodurch zeitgleich eine Vermögens- sowie eine Schuldenblase entstanden.

Die sinkenden Einkommen der Masse erhöhen die Privatverschuldung und reduzieren aufgrund der zurückgehenden Kaufkraft[35] die Investitionstätigkeit der Unternehmen in die Realwirtschaft und damit das Wirtschaftswachstum.

Die zunehmenden Einkommen der Spitze der Gesellschaft werden daher in immer größerem Ausmaß den Finanzmärkten zugeführt, wo sie Vermögensblasen erzeugen. Diese Vermögensblasen wachsen einerseits durch die ihnen eigene Dynamik, da sie durch kurzfristige Profitchancen zusätzliches Kapital anziehen. Andererseits ist ein weiteres Wachstumselement dieser Blasen die Fremdkapitalspekulation, die sich – auch aufgrund der endogen sinkenden Zinssätze wie in Kapitel 1.6 beschrieben – immer größerer Hebel bedient, wie Abbildung 8 zeigt.

Hinzu kommt die Rolle der Politik, die aufgrund ihres Unvermögens, nachhaltiges Wirtschaftswachstum von Blasenwachstum zu unterscheiden[36], direkt (Fiskalpolitik) und indirekt (Geldpolitik) alles versucht, um die Blasen möglichst lange wachsen zu lassen und in ihrem verzweifelten Versuch, das Platzen der Blasen zu verhindern, immer radikalere Lösungen anwendet (Quantitative Easing, siehe Kapitel 2.2).

Zu irgendeinem Zeitpunkt ist dann der Blasenhöhepunkt erreicht. Das Wachstum der Verschuldung kann ob des schwindenden Vertrauens der AkteurInnen nicht mehr mit dem Vermögenswachstum mithalten. Die Blasen platzen, und es kommt durch den Einbruch des Schuldenwachstums zu einem massiven Nachfrageeinbruch in der Realwirtschaft. Dieser wiederum erzeugt hohe Arbeitslosigkeit, welche das Gefüge der Gesellschaft ins Wanken bringt.[37]

Das besonders Zynische dabei ist, dass es sich in Wirklichkeit nur um fiktive Dinge handelt, die aber reale – und letztlich katastrophale – Auswirkungen haben. Diese ganzen Scheinvermögen sind nur Zahlen auf Papier bzw. Binärkombinationen in irgendwelchen Computern. Für den Versuch, diese

---

[35] Gerade das Wachstum der Privatverschuldung – besonders deutlich in Abbildung 5 ersichtlich – sorgt dafür, dass sich der Einkommensrückgang kurz- und mittelfristig nicht 1:1 in Form eines Nachfragerückgangs bemerkbar macht. Sobald dann allerdings die Blasen platzen und die Masse keine neuen Konsumschulden mehr bekommt, wird der akkumulierte Einkommensrückgang als Nachfragerückgang schlagend und die Realwirtschaft landet in einer Depression, wie 2008/2009 geschehen. Auch in Österreich stieg die Schuldenquote der privaten Haushalte innerhalb von nur sieben Jahren (2003 bis 2010) von 80 % auf 95,6 %. Seitdem hat sich die Entwicklung gedreht. Die Schuldenquote beträgt jetzt nur mehr 92,5 % (Der Standard vom 17.7.2013B).

[36] Für eine genauere Erläuterung dieser Problematik siehe Kapitel 1.7 *„Das Ende unseres Schuldenzyklus?“*

[37] Dieser Zyklus spiegelt sich bemerkenswerterweise auch in den Wirtschaftswissenschaften wider. Je fortgeschrittener – und stabiler – das Blasenwachstum ist, desto dominanter werden Strömungen, welche die Existenz von Blasen auf freien Märkten dogmatisch ausschließen (Palley, 2009; Kurz, 2011).

Scheinvermögen zu retten, werden Sozialleistungen eingespart und Bildungschancen und Arbeitsplätze wegrationalisiert.

Selbiges gilt für einen guten Teil der Unmengen an Schulden, die angehäuft wurden. In der Privatwirtschaft ist es üblich, dass zahlungsunfähigen Schuldnern ein Teil ihrer Schulden durch einen Konkurs bzw. ein Ausgleichsverfahren erlassen wird. Durch dieses Verfahren wird unser Wirtschaftssystem beständig bereinigt. Nicht rückzahlbare Schulden sind also hinfällig und somit fiktiv. Trotzdem wird aktuell verzweifelt versucht, durch Wettbewerbssteigerung und Leistungsverdichtung noch mehr Geld aus der Bevölkerung zu pressen, um sämtliche dieser Schulden zurückzuzahlen.

All diese Scheinwerte und nicht rückzahlbare Schulden sind fiktive Dinge, die von Menschen erdacht wurden und die nur deswegen, weil wir glauben, dass es sie gibt, Auswirkungen auf unsere Realität haben.

4.1 Historische Lösungsansätze

Das Problem der Schulden- und Vermögensblasen trat in der Geschichte der Menschheit bereits unzählige Male auf. Der Anthropologe Graeber (2012) vertritt sogar die Auffassung, dass jedes Imperium der Menschheit seit ca. 2.200 vor Christus an dieser Dynamik zerbrochen ist.[38] Die Lösungsmuster waren zwar unterschiedlich, liefen im Prinzip aber immer auf dasselbe hinaus: Zerstörung der fiktiven Zahlen, der fiktiven Schulden und der fiktiven Vermögenswerte.

Im vorchristlichen Mesopotamien – dem Zwischenstromland zwischen den Flüssen Euphrat und Tigris – wo das uns bekannte Geld-, Schuld- und Zinssystem entstand, wurde auch eine Lösung für dieses Problem institutionalisiert. Alle 40–70 Jahre kam es zu einem fast kompletten Schuldenschnitt, von dem nur die Schulden zwischen Händlern ausgenommen waren (um eine Spekulation auf den nächsten Schuldenschnitt zu verhindern). Dieser Schuldenschnitt war so vollständig, dass auch Schuldknechte Freiheit, Frau und Bauernhof zurückerhielten (ibid.).

Während jedoch das mesopotamische Geld-, Schuld- und Zinssystem aufgrund seiner Wirtschaftswachstum und Wohlstand generierenden Wirkung weltweit importiert wurde, wurde die institutionalisierte Lösung, die ja nur alle 50–70 Jahre zum Einsatz kam, übersehen. Die infolgedessen weltweit wiederholt auftauchenden Verschuldungs- und Vermögensblasen mussten daher anderes bereinigt werden.

Meist geschah dies durch einen größeren Krieg (beispielsweise am Ende des römischen Reiches oder durch den 2. Weltkrieg), manchmal durch eine Geldentwertung wie beispielsweise nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland. Immer ging es um dasselbe: Die fiktiven Zahlen in den Köpfen der Menschen mussten zurückgesetzt werden, damit das System wieder wachsen konnte.

[38] Graeber (2012) ist der Meinung, dass diese Dynamik nicht nur in Europa zu finden ist, sondern sich seit der Erfindung von Geldschulden und Zinseszins ungefähr 2.200 vor Christus von Mesopotamien aus über den ganzen Planeten verbreitet hat. Dabei nimmt er gewisse Phasen unserer Geschichte – wie beispielsweise das Mittelalter in Europa – aus dieser Entwicklung aus, da in dieser Zeit das Geld aus der Wirtschaft verschwunden – und in den Klöstern gebunkert – war.

Natürlich ist auch eine friedliche Lösung des Problems möglich, wie der amerikanische Präsident Roosevelt in den 1930er Jahren mit dem New Deal bereits erfolgreich vorgeführt hat. Im Prinzip geht es bei jeder dieser Lösungen immer um das Gleiche, um einen teilweisen Saldenausgleich.

Da Staatsschulden oft als Sicherheit bei Finanztransaktionen verwendet werden und Pensionsfonds auch weiterhin (relativ) sichere Anlagemöglichkeiten benötigen, ist ein kompletter Saldenausgleich zwischen Schulden und Guthaben nicht erstrebenswert. Ziel muss es jedoch sein, Schulden und Guthaben wieder auf ein tragfähiges Niveau zu reduzieren.

4.2 (Teilweiser) Saldenausgleich als einzige Lösung

Alle Schulden in unserem System sind gleichzeitig Guthaben eines Anderen.[39] Es ist daher unmöglich, nur die Schulden zu reduzieren, ohne gleichzeitig die Guthaben zu reduzieren.[40] Im Prinzip geht es um einen Ausgleich dieser beiden Salden, die – wie gezeigt wurde – endogen systematisch stärker wachsen als unsere Wirtschaft und daher regelmäßig zu groß werden und – bei unstrukturierter Auflösung – unsere Wirtschaft und damit unsere Gesellschaft in den Abgrund reißen.

Schon Adam Smith erklärte in seinem die volkswirtschaftliche Disziplin begründendem Werk „Wohlstand der Nationen“, dass es auch für Staaten ein Insolvenzverfahren geben müsse.[41]

> Wenn ein Staat nicht mehr umhin kann, sich für bankrott zu erklären, so ist für ihn, wie für jeden Privatmann, der sich in demselben Falle befindet, ein ehrlicher, offener und unverhohlener Bankrott sowohl für ihn selbst das Ehrenvollste als auch für den Gläubiger das Unschädlichste. (Adam Smith, 1776, S. 973)

Im Prinzip sind beinahe alle westlichen Staaten am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Ohne die Finanzierung über ihre Zentralbanken wären sowohl die USA als auch Großbritannien und Japan bereits bankrott. Ohne die Transfers der Zentrumsländer der EU sowie der Interventionen der EZB auf den Anleihemärkten wäre ein Bankrott zahlreicher EU-Peripheriestaaten bereits passiert. Dass die Geldpresse nicht ewig zur Schuldentilgung verwendet werden kann, ist selbsterklärend. Aber auch das mitteleuropäische Modell ist nicht langfristig tragbar, denn wo wollen die Zentrumsländer der EU denn ihre Außenhandelsbilanzüberschüsse erwirtschaften, wenn die Peripherie bankrottgeht und die Weltwirtschaft nicht auf Touren kommt?

Was unsere Politik momentan betreibt, ist aktive Konkursverschleppung. In der Privatwirtschaft würde dies zu einer Anklage wegen betrügerischer Krida führen. Wie in den Kapiteln 2.2, 3.2.1 und 3.3 gezeigt wurde, sind die Lösungsversuche der Politik nicht dazu geeignet, die Krise zu beenden.

---

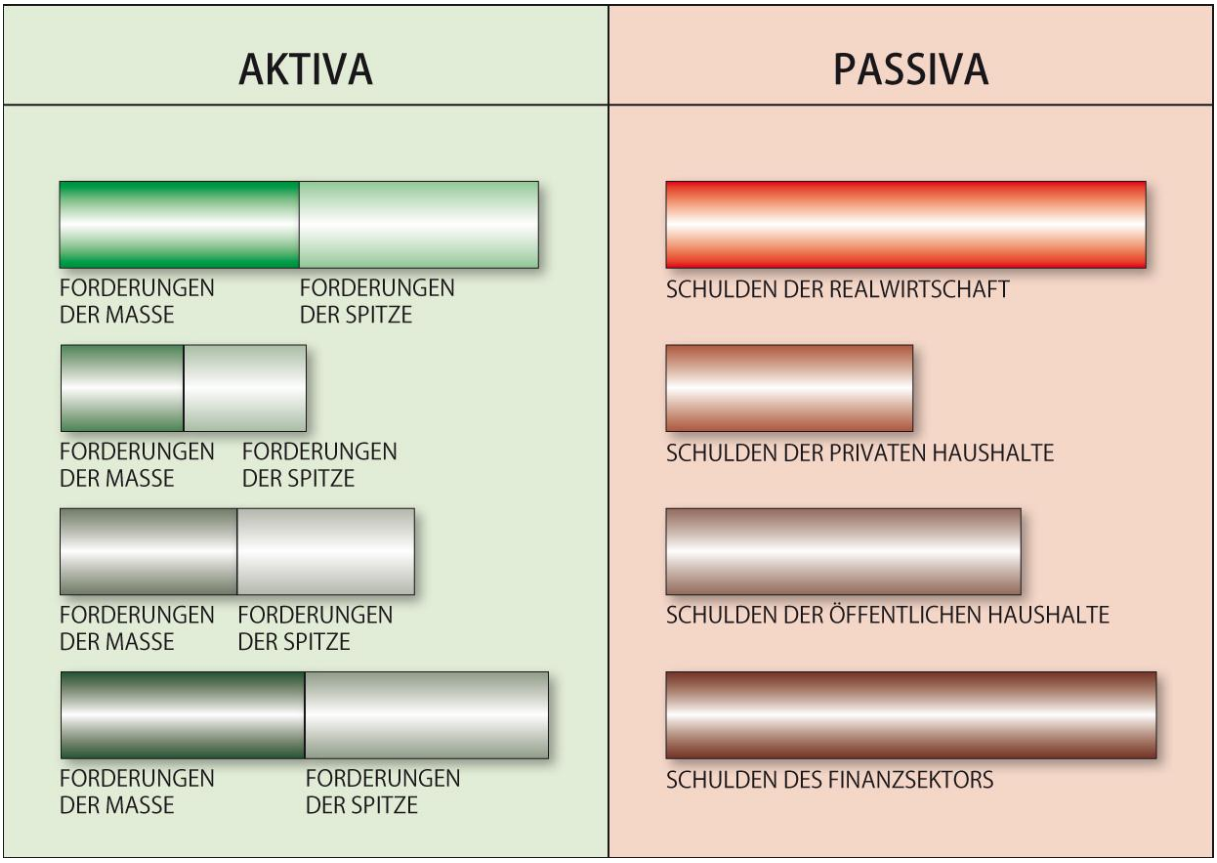
[39] In die andere Richtung gilt diese Gleichung nicht, denn es gibt auch Guthaben, die nicht auf Schuldenwachstum basieren, sondern auf tatsächlicher Kapitalakkumulation durch reales Wirtschaftswachstum.

[40] Daher ist auch die aktuell von konservativen Kreisen in der EU geforderte Schuldenbremse rein saldentechnisch nur möglich, wenn gleichzeitig eine Art Guthabenbremse aktiviert wird.

[41] Eine ausführliche Erläuterung bzgl. der Vorteile sowie der Probleme eines Insolvenzrechts für Staaten findet sich in Matzer (2006).

Die einzige tatsächlich funktionierende Lösung, die nicht gleichzeitig unser gesamtes Wirtschaftssystem zerstört, ist ein kontrollierter teilweiser Saldenausgleich, ein strukturierter und im gesellschaftlichen Konsens vollzogener Ausgleich von fiktiven Schulden und Scheinguthaben bzw. Scheinvermögen.

Abbildung 13: Vereinfachte Bilanzdarstellung



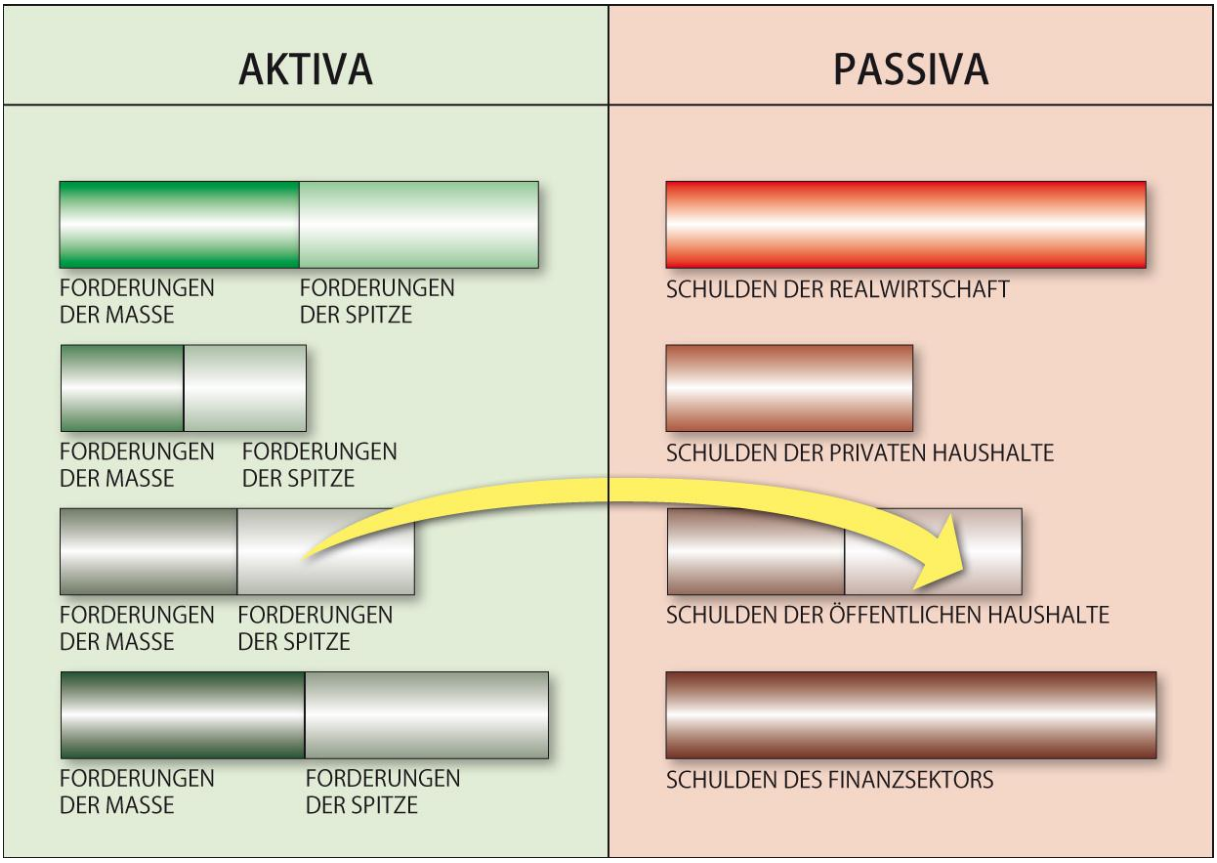
Quelle: Haver Analytics 2013; Eckerstorfer et al. (2013); eigene Berechnung; Darstellung: Feimuth, R., AK Steiermark

Abbildung 13 zeigt eine vereinfachte Darstellung einer Bilanz. Auf der aktiven Seite der Bilanz ist der Teil der Guthaben bzw. der Vermögen der reichen Elite dargestellt, der auf Schulden der Masse beruht, welche wiederum auf der passiven Seite der Bilanz dargestellt werden. Zu den Schulden der Masse zählen nicht nur die Privatschulden, sondern auch die Staatsschulden, da die Masse als Steuerzahler für diese Verbindlichkeiten haftet. Hinzu kommt der nicht unerhebliche Teil der Bankschulden, der nicht rückzahlbar ist, da die Staaten in der Krise 2008 erklärt haben, dass sie und damit die Steuerzahler auch für diesen Teil haften.

Ein guter Teil dieser Guthaben besteht aus Scheinguthaben, und ein guter Teil dieser Schulden besteht aus fiktiven, nicht rückzahlbaren Schulden. Weder die Scheinvermögen noch die Scheinschulden können langfristig aufrechterhalten werden. Beide Blasen müssen irgendwann platzen. Selbst das kurzfristige Aufrechterhalten dieser Schweinwerte ist nur unter permanent zunehmenden Kosten bewerkstelligbar, wie in Kapitel 2 gezeigt wurde. Es muss daher in der einen

oder anderen Form zu einer Teilbereinigung dieser Scheinwerte kommen, wie sie in Abbildung 14 schematisch dargestellt wird.

Abbildung 14: Vereinfachte Darstellung einer teilbereinigten Bilanz



Quelle: Haver Analytics 2013; Eckerstorfer et al. (2013); eigene Berechnung; Darstellung: Feimuth, R., AK Steiermark

Im alten Mesopotamien geschah die Bereinigung der Scheinwerte durch einen Schuldenschnitt, es wurde also die passive Seite der Bilanz als Ausgangspunkt für den Saldenausgleich herangezogen. Denkbar wäre aber auch eine Vermögensabgabe, welche einen vergleichbaren Effekt hätte.

4.2.1 Schuldenschnitt versus Vermögensabgabe

Das Ziel eines teilweisen Saldenausgleiches ist es nicht, das neoliberale Konzept des Blasenwachstums zu unterbinden. Es wäre zwar wünschenswert, dass eine erfolgreiche Finanzmarktregulierung in der Lage ist, das Blasenwachstum in die Realwirtschaft umzuleiten, aber das Blasenwachstum an sich ist nicht das Problem, führt es doch während seiner Wachstumsphase zu einem Wirtschaftswachstum, das ansonsten nicht möglich erscheint. Auch das Schienennetz Englands entstand durch eine solche Vermögens- und Verschuldungsblase. Am Ende standen zwar eine Wirtschaftskrise, zahlreiche geplatzte Träume und bankrotte Anleger, aber auch ein England mit einem gewaltig gewachsenen Kapitalstock in Form eines das ganze Land überziehenden Schienennetzes.

Ziel eines Schuldenschnitts ist es vielmehr, die Auswirkungen des Katers am Morgen nach dem Platzen der Blase unter Kontrolle zu bringen. Um die gesellschaftlich besonders problematischen Auswirkungen wie Massenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, muss in erster Linie die effektive Nachfrage wieder stabilisiert werden. Aus diesem Grund ist ein Schuldenschnitt unter heutigen Gegebenheiten nicht optimal, da im Gegensatz zum alten Mesopotamien die Vermögenskonzentration doch stark nachgelassen hat. Damals besaß der Gottkönig an der Spitze des Staates im Prinzip das gesamte Vermögen, heute besitzt die Vermögenselite in den meisten Industriestaaten „nur“ mehr in etwa die Hälfte des Gesamtvermögens, den Rest besitzt der sogenannte Mittelstand.

Da dieser Mittelstand allerdings geplant hat, einen guten Teil seiner Ersparnisse im Alter auszugeben und damit wieder dem Konsum zuzuführen, ist es für die Nachfrage kontraproduktiv diesen Teil durch einen allgemeinen Schuldenschnitt in Mitleidenschaft zu ziehen.[42]

Viel sinnvoller ist es daher, auf der anderen Seite der Bilanz, bei den Guthaben, dem Vermögen der Elite, anzusetzen. Diese ist sowieso nicht in der Lage, ihr bestehendes Vermögen wieder dem Konsum zuzuführen, da das Wachstum des Vermögens die Konsumausgaben überschreitet.[43] Eine radikale Vermögensabgabe für Superreiche ist daher der beste und sinnvollste Weg aus der Krise.

Wie könnte eine derartige Vermögensabgabe aussehen? Ohne hier allzu sehr ins Detail zu gehen, sollen hier doch ein paar Grundzüge aufgezeigt werden. Diese Abgabe darf die Wirtschaft nicht zusätzlich belasten; es ist daher wichtig, dass insbesondere die unproduktiven und nicht nachfragewirksamen Vermögenswerte besteuert werden. Dies bedeutet u.a., dass es Freibeträge für kleine und mittlere Vermögen geben muss. Wie hoch diese Freibeträge tatsächlich ausfallen, ist eine Frage des gesellschaftlichen Konsens, aber ein Freibetrag zwischen 600.000 € und 1 Mio. € Gesamtvermögen ist durchaus denkbar. Auch Millionäre sind noch keine Superreichen, d.h., die Vermögensabgabe sollte niedrig beginnen, dann in weiterer Form stark progressiv gestaltet werden und kann im Endeffekt relativ hohe Werte erreichen. Herr Graf (Haupteigentümer der

[42] Abgesehen vom Rattenschwanz an weiteren Schuldenschnitten, welche ein größerer Staatsschuldenschnitt hinter sich herziehen würde, da beispielsweise die meisten Bankhäuser einen solchen Schritt nicht überleben würden und erst wieder – Staatsschulden vergrößernde – Staatshilfen benötigen würden.

[43] Wie in Kapitel 1.4 gezeigt wurde, ist die Vermögenselite mangels Renditemöglichkeiten – im Gegensatz zur Meinung der Mainstreamökonomie – auch nicht in der Lage, ihr Kapitalwachstum in der Realwirtschaft zu investieren.

Glücksspielfirma Novomatic AG) besitzt z.B. ca. 5. Mrd. Euro und hätte auch nach einer Vermögensabgabe in der Höhe von 50 % noch 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung. Nicht, dass hier eine Vermögensabgabe von 50 % gefordert wird, aber es ist einleuchtend, dass es selbst bei einer Vermögensabgabe von 50 % den Superreichen an absolut nichts fehlen würde. Aufgrund der Vermögenskonzentration in Österreich sollte es ein Leichtes sein, eine Vermögensabgabe zu gestalten, von der mindestens 95 % der Haushalte nicht betroffen sind, die aber trotzdem die Hälfte des verfügbaren Vermögens betrifft.

Darüber hinausgehend ist es wichtig, dass in der Realwirtschaft tätige Unternehmen nicht von dieser Steuer betroffen sind, um das produktive Kapital und damit die Realwirtschaft nicht zusätzlich zu belasten. Es sollte daher nicht das Unternehmensvermögen anhand der Bilanzsumme besteuert werden, sondern nur das private Vermögen in Form von Aktien oder Beteiligungen natürlicher Personen.

All dies sind technische Probleme, die von Steuerexperten im gesellschaftlichen Konsens gelöst werden können. Für Österreich geben Kirisits & Koller (2012) bereits einen hervorragenden Überblick über Möglichkeiten der Vermögensbesteuerung, welche das Wirtschaftswachstum nicht beeinträchtigen, sondern in den meisten Fällen sogar unterstützen.

4.2.2 Auswirkungen einer Vermögensabgabe

Die weitverbreitete Ansicht, dass eine derartige Vermögensabgabe schlecht für den Wirtschaftsstandort wäre, ist ein Mythos. Würde ein Land, beispielsweise Österreich, eine derartige Abgabe einführen, wäre genau dieses Land eines der wenigen Länder auf diesem Planeten, welches in der Lage wäre, sämtliche seiner Schulden zu bezahlen. Infolgedessen würde nicht nur der Zinssatz für österreichische Staatsanleihen sinken, es würde auch sehr viel an Veranlagungskapital nach Österreich fließen. Denn Österreich wäre dann solvent, während in den anderen Ländern noch die Gefahr eines Bail-ins der Gläubiger, wie unlängst in Zypern geschehen, drohen würde.

Eine Vermögensabgabe würde auch die Leistungsgerechtigkeit des Steuersystems verbessern. Aktuell wird vor allem Arbeit und somit Leistung hoch besteuert, während die großen Vermögen, die in erster Linie aus Erbschaften stammen, kaum besteuert werden. Ein Vermögen zu erben ist allerdings keine besonders große Leistung. Sich eines zu erarbeiten hingegen schon.

Was sollte mit den Einnahmen aus dieser Vermögensabgabe passieren? Abgesehen von einer Ankurbelung der Wirtschaft durch Investitionen in Bildung und Pflege sollte ein Großteil dieser Gelder zur Schuldenreduktion verwendet werden, also an eben jene Superreichen zurückbezahlt werden, denen sie zuvor in Form einer Steuer aufgebürdet wurden. Die Summe der Besteuerung der Superreichen führt über die Schuldenrückzahlung makroökonomisch zum Saldenausgleich.

Beim Vorschlag, eine Vermögenssteuer einzuführen, handelt es sich somit keinesfalls um den Versuch unsere Gesellschaft umzugestalten oder das neoliberale Wachstums- und Herrschaftsmodell in Frage zu stellen, welches ja demokratisch erwünscht scheint (ansonsten würden die konservativen, liberalen und rechtspopulistischen Parteien nicht die Mehrheit der Stimmen in den meisten Ländern dieser Welt auf sich vereinen), sondern um einen Versuch, die desaströsen Auswirkungen auf große Teile der Gesellschaft durch den Zusammenbruch unseres Schulden- und Blasenwachstums – wie sie u.a. in Griechenland zu beobachten sind – abzufangen und abzumildern.

Auch die Elite würde mittelfristig von einer Vermögenssteuer profitieren. Zwar würde sie kurzfristig auf einen nicht unerheblichen Teil ihres Vermögens verzichten, aber dieser Teil ihrer Guthaben ist ohnehin fiktiv. Wenn sie weiter versucht ihre Schulden einzutreiben, hat sie nichts erreicht, aber die Gesellschaft zerstört, wie in Kapitel 3.3 beschrieben.

Durch die Vermögensabgabe bekommt die Vermögenselite aber tatsächlich sämtliche ihrer Guthaben (abzüglich der zuvor bezahlten Steuer) ausbezahlt, da die Staaten nur durch diese Abgabe in der Lage sind, ihre Schulden auch tatsächlich zu bezahlen. Durch die – infolge der Vermögensabgabe finanzierbare – expansive Politik kommt es in weiterer Folge zu einer Steigerung der Nachfrage und endlich wieder zu höheren Wachstumsraten, von denen natürlich – aufgrund der gleichbleibenden Machtverteilung – in erster Linie die reiche Elite profitiert, also eben jene, die durch ihre Abgabe den Wiederaufschwung erst ermöglicht haben. Es handelt sich um eine klassische Win-win-Situation.

Epilog: Wohin führt uns der Weg?

Zumindest in absehbarer Zukunft wird sich die Krise aufgrund der aufgezeigten Probleme weiter verschlimmern. Die neoliberalen Umbauversuche der Politik können das Blasenwachstum nicht reaktivieren, dafür ist das Misstrauen der Akteure infolge der Krise 2008 zu groß. Daher verschärft die neoliberale Einsparungs- und Lohnreduktionspolitik die Krise nur und beschleunigt den Verfall.

Während sich die Einwohner von Ländern mit Außenhandelsüberschüssen – wie beispielsweise Deutschland oder Österreich – noch eine gewisse Zeit lang in scheinbarer Sicherheit wiegen dürfen und Länder mit laufenden Gelddruckmaschinen zumindest vorübergehend noch den Eindruck erwecken, sie hätten die Situation unter Kontrolle, hat sich das Leben von vielen GriechInnen bereits zur Hölle auf Erden entwickelt. Auch Spanien und Portugal sind auf diesem Weg abwärts schon relativ weit fortgeschritten.

Die Konzentration von Macht und Vermögen, verbunden mit der Eigentümerstruktur der großen Medien und der engen Verbindung zwischen den Finanzmärkten und der Politik – sowohl personell als auch finanziell –, zeichnet ein sehr düsteres Bild für die angelsächsischen Länder. Es ist daher zu befürchten, dass diese Länder weiter auf neoliberale Reformpolitik, verbunden mit einer ununterbrochen laufenden Notenpresse[44], setzen werden. Ein Bankrott von Großbritannien wird dadurch jeden Tag wahrscheinlicher. Die USA und der Dollar sind zwar weltpolitisch erheblich mächtiger und können sich daher wesentlich mehr frische Dollar leisten, aber auch sie können diesen Weg nicht unbeschränkt gehen. Auch Japan ist aufgrund der enormen Staatsverschuldung und der Entscheidung der neuen Regierung, das Budgetdefizit mit der Notenpresse zu finanzieren, sehr bankrottgefährdet.

Aber es gibt auch positive Zeichen. Ein Beispiel dafür ist das Umdenken des IWF, in Person von Olivier Blanchard (2013), welcher die Sparpolitik in der EU-Peripherie kritisierte, was dazu geführt hat, dass die Europäer die Troika gerne auflösen möchten, um die kritischen Stimme des IWFs loszuwerden.

Als besonders positiv ist der Bail-in in Zypern zu betrachten. Plötzlich müssen auch die superreichen Einlagenbesitzer in Offshore-Zentren ihren Teil zur Bankenrettung beitragen. Der konservative Premier Zyperns hat zwar im letzten Moment noch – in neoklassischer Tradition – versucht, sämtliche Sparer, auch Kleinsparer, ohne jeglichen Freibetrag in die Pflicht zu nehmen, allerdings verursachte dies dann doch so viel Aufruhr in Zypern und ganz Europa, dass er von diesem Schritt schlussendlich Abstand nehmen musste.

Nach dem aktuellen Plan für Zypern müssen alle Personen mit Einlagen auf den betroffenen Banken jenseits der 100.000 € damit rechnen, dass 40–60 Prozent ihres Guthabens jenseits der 100.000 € zur Schuldenreduktion der betroffenen Banken verwendet werden. Dies ist genau die Richtung, welche in Kapitel 4.2 favorisiert wird: Eine radikale Vermögensabgabe für Superreiche.[45] Auch die Schritte

[44] Das ist natürlich nur ein Bild. In der Realität wird der überwiegende Teil des Geldes in elektronischer Form geschaffen; indem Zahlen in einen Computer getippt werden.

[45] 40–60 Prozent ist sogar sehr radikal. Und auch wenn 100.000 € als eine niedrige Grenze erscheinen, es geht hier um Bankeinlagen. Also um Personen, die mehr als 100.000 € auf einem Konto in einer Steueroase haben. Alle übrigen Vermögensarten dieser Individuen werden ausgeblendet. Und wer hat schon 100.000 € am Konto?

zur Aufgabe des Bankgeheimnisses in Österreich und Luxemburg zeigen in die richtige Richtung. Eine faire und wirksame Vermögensabgabe ist bei aufrechtem Bankgeheimnis nur schwer umzusetzen.

Als besonders großer Vorteil für Europa stellt sich die – aus europäischer Perspektive – relativ heterogene Elite heraus (Hartmann, 2007). Im Gegensatz zu den USA, wo die Elite sehr homogen ist[46] und in relativem Einklang an der eigenen Bereicherung arbeiten kann, sind sich in Europa die jeweiligen nationalen Eliten die gegenseitige Bereicherung neidisch, weshalb sie großes Interesse an der Kontrolle und der Eindämmung der Auswüchse des jeweils anderen haben.

Während davon auszugehen ist, dass die europäischen Staaten aufgrund der realpolitischen Machtasymmetrie innerhalb dieser Staaten selbst nicht in der Lage sind, die eigenen Superreichen zu besteuern, hat die Zypern-Situation gezeigt, dass die EU in der Lage ist, die einzelnen Länder dazu zu zwingen, derlei Maßnahmen zu treffen. Solange die Bevölkerung außerdem klarstellt, dass sie einem kompletten Abbau der sozialstaatlichen Errungenschaften wie (40-Stunden-Woche, staatliche Bildung, Krankenversorgung, Pensionsansprüche u.v.m.) nicht akzeptieren will, nur um vergeblich zu versuchen, die Schulden bei den Superreichen zu tilgen, werden weitere Bail-ins wie in Zypern kommen. Auch wenn dieser Widerstand der Bevölkerung noch nicht überall zu sehen ist: die Krise wird sich weiter verschlimmern. Und irgendwann kommt der Widerspruch.

Es bleibt allerdings nicht ewig Zeit, den kontrollierten Saldenabbau durchzuführen. Die zunehmende Verelendung immer größerer Teile der Bevölkerung führt zu einer beständig zunehmenden Polarisierung von Politik und Gesellschaft. In Griechenland sitzen beispielsweise radikale Faschisten von Chrysi Avgi im Parlament und terrorisieren mit ihren Motorrad-Schlägertrupps die aufgrund der Dublin-II-Verordnung nach Griechenland abgeschobenen Flüchtlinge. Zudem droht die Gefahr, dass die aktuelle Geldpolitik der Zentralbanken, also das unlimitierte Gelddrucken, übertrieben wird, und so das Vertrauen der Gesellschaft in ein zentrales Standbein unseres Systems untergräbt, in die Werthaltigkeit des Papiergeldes. Die EuropäerInnen haben daher nichts zu verlieren als ihre aus Schulden geschweißten Ketten, aber sie haben ein vereinigtes und soziales Europa zu gewinnen.

[46] Reiche weiße Männer, die dieselben Hochschulen besuchen, in denselben Country Clubs speisen, dieselben Golfclubs besuchen und sich gegenseitig in den jeweiligen Aufsichtsräten kontrollieren (Giddens, 1995).

Bibliographie

Andreasch, M.; Fessler, P.; Mooslechner P.; Schürz, M. (2012): Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich. In: Sozialbericht des BMASK 2012. Wien: BMASK.

Beck, S.; Boris D.; Kellermann, C.; Moselbach, K. & Setton, D. (2002): Finanzmärkte und Entwicklung – Interationales Währungssystem, Währungskrisen und Entwicklung. Bonn: WEED.

Blanchard, O.; Leigh, D. (2013): Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers. IMF Working Paper. Washington, DC: International Monetary Fund.

Eckerstorfer, P.; Halak, J.; Kapeller, J.; Schütz, B.; Springholz, F.; Wildauer, R. (2013): Vermögen in Österreich – Bericht zum Forschungsprojekt „Reichtum im Wandel". Linz: Johannes Kepler Universität.

Flassback, H. (2012): Zehn Mythen der Krise. Berlin: Suhrkamp.

Galbraith, J.K. (2008): Der große Crash 1929: Ursachen, Verlauf, Folgen, München: Finanzbuch-Verlag. (Erstpublikation 1954.)

Giddens, A., **(1995):** Soziologie. Graz: Nausner & Nausner.

Graeber, D. (2012): Schulden – die ersten 5000 Jahre. Stuttgart: Klett-Cotta.

Hartmann, M. (2007): Eliten und Macht in Europa – Ein internationaler Vergleich. Campus: Frankfurt/New York: Campus.

Kamppeter, W. (2012): Internationale Finanzkrise im Vergleich. 8. Linz: Wissenschaftliche Tagung der Keynes-Gesellschaft 2012.

Keen, S. (2002): Debunking Economics – the naked emperor of the Social Sciences. London: ZED Books.

Keen, S. (2011): Debunking Economics – the naked emperor dethroned. Revised and expanded Edition. London: ZED Books.

Keynes, J. M. (1955): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin: Duncker & Humblot. (Erstpublikation 1936.)

Kirisits, M., Koller, B. (2012): Wer ist hier der Mittelstand? Vermögenssteuern jetzt! AK-Vorschläge zu gerechten vermögensbezogenen Steuern. Graz: Arbeiterkammer Steiermark.

Klein, N. (2007): Die Schockstrategie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Frankfurt/Main: S. Fischer.

Kurz, H.D. (2011): Zur Bildung von Blasen im Fach und was man dagegen tun kann – Plädoyer für eine solide Ausbildung in Theorie- und Wirtschaftsgeschichte. In: Gehrke C. & Sturn, R. (Hg.): Modell, Wirklichkeit und Krise: Politische Ökonomie heute. Marburg: Metropolis.

Lakoff, G. (2004): don't think of an elephant! – Know Your Values and Frame the Debate. White River Junction, VT: Chelsea Green Publishing.

Marterbauer, M. (2011): Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle. Wien: Deuticke.

Matzer, M. (2006): Insolvenzrecht für Staaten – Ein Weg aus der Krise? Graz: Karl-Franzens Universität.

Matzer, M.; Snieder, K. (2008): Vermögensverteilung in Österreich – ein wohlgehütetes Geheimnis. In: WISO 4/08. Linz: Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.

Minsky, H.P. (1970): Financial Instability Revisited: The Economics of Desaster. In: Minsky, H.P. (1982): Can "It" Happen Again? Essays on Instability and Finance. Armonk, NY: M.E. Sharpe.

Minsky, H.P. (2011): Instabilität und Kapitalismus. Zürich: Diaphanes.

Moore, B.J (1983): Unpacking the Post Keynesian Black Box: Bank Lending and the Money Supply. In: Journal of Post Keynesian Economics, Vol. 5, No. 4 (Summer, 1983), pp. 537-556. M.E. Sharpe. Inc.

Orwell, G. (1949): Nineteen Eighty-Four – 1984. London: Secker and Warburg.

Palley, T.I. (2009): A Theory of Minsky Super-Cycles and Financial Crises. IMK Working Paper 5/2009. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung.

Rechnungshof (2012): Bericht der Rechnungshofes, Reihe Einkommen 2012/1. Wien: Rechnungshof Österreich.

Reich, R. (2008): Superkapitalismus – wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt. Frankfurt/Main: Campus.

Smith, A. (1776): Reichtum der Nationen, Kirchheim: Oldenbourg.

Stiglitz, J.E. (2002): Die Schatten der Globalisierung, Berlin: Siedler.

Stiglitz, J.E. (2012): Der Preis der Ungleichheit – Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. München: Siedler.

Sturn, R. (2011): Wirtschaftswissenschaft und die Wechselfälle der „Wirklichkeit". In: Gehrke C. & Sturn, R. (Hg.): Modell, Wirklichkeit und Krise: Politische Ökonomie heute. Marburg: Metropolis Verlag.

Taibbi, M. (2009): The Great American Bubble Machine. Rolling Stone 13/2009. New York: Wenner Media LLC.

Tobin, J. (1957): Liquidity Preference as Behavior Towards Risk. In: Review of Economic Studies 25.1, S.65-86.

Wilkinson, R. & Pickett, K. (2009): Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Frankfurt/Main: Zweitausendeins.

4.3 Internetquellen

Der Standard, 4.4.2013: http://derstandard.at/1363706863000/Japans-lockert-Geldpolitik-radikal [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Der Standard, 17.7.2013A: http://derstandard.at/1373512945573/35-Milliarden-Euro-zu-viel-fuer-die-Banken [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Der Standard, 17.7.2013B: http://derstandard.at/1373512858608/Weniger-aber-groessere-Firmeninsolvenzen [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Der Standard, 19.6.2013: http://derstandard.at/1371170037241/Oekonom-Kein-Wohlstand-statistische-Manipulation [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Der Standard, 8.7.2013: http://derstandard.at/1371171857066/Viele-Investoren-sitzen-auf-enormen-Zinsrisiken [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Der Standard, 3.3.2013: http://diestandard.at/1361241413298/Der-Hunger-der-Athenerinnen [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Die Presse, 28.5.2013: http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1411650/Jeder-Oesterreicher-zahlt-1083-Euro-fuer-die-Hypo [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Eurostat (2013): http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=teilm021 [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Financial Times Deutschland, 21.6.2010: http://www.ftd.de/politik/europa/:dominante-finanzindustrie-eu-sorgt-sich-um-demokratie/50131276.html [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.3.2008: http://www.faz.net/aktuell/finanzen/fonds-mehr/historische-finanzkrisen-ltcm-1998-der-schock-durch-den-fonds-der-nobelpreistraeger-1236212.html [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Haver Analytics: http://www.haver.com/ [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Hermann, U. (2012): Das Gesetz der Wall Street. In: Le Monde diplomatique, 14.12.2012. Online im Internet: http://www.monde-diplomatique.de/pm/2012/12/14.mondeText.artikel,a0014.idx,10 [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Hoffmann, A. & Schnabl, G. (2011): Auf eine Blase folgt eine Blase folgt eine Blase. Online im Internet: http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2011/06/auf-eine-blase-folgt-eine-blase-folgt-eine-blase/ [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

IMF (2012): World economic outlook: a survey by the staff of the International Monetary Fund.Washington, DC : International Monetary Fund. Online im Internet: http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/02/pdf/text.pdf [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Posner, R. (2009): How I became a Keynesian. Second thoughts in the middle of a crisis. The New Republic. Online im Internet: http://www.newrepublic.com/article/how-i-became-keynesian [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Shadowstats (2013): http://www.shadowstats.com/alternate_data/unemployment-charts [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Statistik Austria (2012): Lohnsteuer-/HV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996. Ohne Lehrlinge. http://www.statistik.at/ [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Süddeutsche Zeitung, 28.11.2012: http://www.sueddeutsche.de/politik/einkommensverteilung-in-deutschland-bundesregierung-schoent-armutsbericht-1.1535166 [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

U.S. Departement of Labor, Bureau of labor statistics: http://data.bls.gov/timeseries/LNS14000000 [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Vadum, M. (2011): Registering the Poor to Vote is Un-American. In: American Thinker 2011.9. Online im Internet: http://www.americanthinker.com/2011/09/registering_the_poor_to_vote_is_un-american.html [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Wall Street Journal, 15.5.2013: http://www.wallstreetjournal.de/article/SB10001424127887323716304578480941985764454.html [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

World Top Incomes Database: http://topincomes.g-mond.parisschoolofeconomics.eu/ [letzte Überprüfung am 24.7.2013]

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark,
Hans-Resel-Gasse 8–14, 8020 Graz

✆ 05 7799-0 | Fax: 05 7799-2387

www.akstmk.at

Auskünfte arbeits- und sozialrechtliche Fragen	✆ 05 7799-0	Fax: 05 7799-2403
Auskünfte Wirtschaftspolitik und Statistik	✆ 05 7799-2501	Fax: 05 7799-2528
Auskünfte zu Konsumentenschutzfragen	✆ 05 7799-0	Fax: 05 7799-2521
Auskünfte in Betriebsratsangelegenheiten und in ArbeitnehmerInnenschutzfragen	✆ 05 7799-2448	Fax: 05 7799-2499
Auskünfte Bildung, Jugend und Betriebssport	✆ 05 7799-0	Fax: 05 7799-2420
AK-Saalverwaltung	✆ 05 7799-2267	Fax: 05 7799-2256
AK-Broschürenzentrum	✆ 05 7799-2296	Fax: 05 7799-2223
Präsidialbüro/Presse	✆ 05 7799-2205	Fax: 05 7799-2232
Marketing und Kommunikation	✆ 05 7799-2234	Fax: 05 7799-2223
Bibliothek und Infothek	✆ 05 7799-2371	Fax: 05 7799-2394

AUSSENSTELLEN

8600 Bruck/Mur, Schillerstraße 22	✆ 05 7799-3100	Fax: 05 7799-3109
8530 Deutschlandsberg, Rathausgasse 3	✆ 05 7799-3200	Fax: 05 7799-3209
8330 Feldbach, Ringstraße 5	✆ 05 7799-3300	Fax: 05 7799-3309
8280 Fürstenfeld, Hauptplatz 12	✆ 05 7799-3400	Fax: 05 7799-3409
8230 Hartberg, Ressavarstraße 16	✆ 05 7799-3500	Fax: 05 7799-3509
8430 Leibnitz, Karl-Morré-Straße 6	✆ 05 7799-3800	Fax: 05 7799-3809
8701 Leoben, Buchmüllerplatz 2	✆ 05 7799-3900	Fax: 05 7799-3909
8940 Liezen, Ausseer Straße 42	✆ 05 7799-4000	Fax: 05 7799-4009
8850 Murau, Bundesstraße 7	✆ 05 7799-4100	Fax: 05 7799-4109
8680 Mürzzuschlag, Bleckmanngasse 8	✆ 05 7799-4200	Fax: 05 7799-4209
8570 Voitsberg, Schillerstraße 4	✆ 05 7799-4300	Fax: 05 7799-4309
8160 Weiz, Birkfelder Straße 22	✆ 05 7799-4400	Fax: 05 7799-4409
8740 Zeltweg, Hauptstraße 82	✆ 05 7799-4500	Fax: 05 7799-4509

AK-VOLKSHOCHSCHULE

Hans-Resel-Gasse 6, 8020 Graz	✆ 05 7799-5000	Fax: 05 7799-5009

OTTO-MÖBES-AKADEMIE

Stiftingtalstraße 240, 8010 Graz	✆ 05 7799-6000	Fax: 05 7799-6009

SIE KÖNNEN SICH AUCH AN IHRE GEWERKSCHAFT WENDEN!

Stand: Oktober 2013, Medieninhaber und Herausgeber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, 8020 Graz, Hans-Resel-Gasse 8–14, Layout und Produktion: A. Weissensteiner

© mekcar - Fotolia.com